



771 Bericht von Adriana Cardozo Silva und Sabine Zinn

Geflüchtete senden seltener Geld ins Ausland als andere Migrant*innen

- Studie untersucht, wie sich der Anteil der in Deutschland lebenden Personen, die Geld ins Ausland überweisen, verändert
- Sieben Prozent der Geflüchteten sandten Geld ins Ausland – Tendenz sinkend
- Auslandsüberweisungen liefern wichtigen Beitrag zur Entwicklung und sollten neu bewertet werden

780 Interview mit Sabine Zinn



781 Bericht von Karsten Neuhoﬀ, Claudia Kemfert, Martin Kittel, Franziska Klaucke, Alexander Roth, Wolf-Peter Schill und Leon Stolle

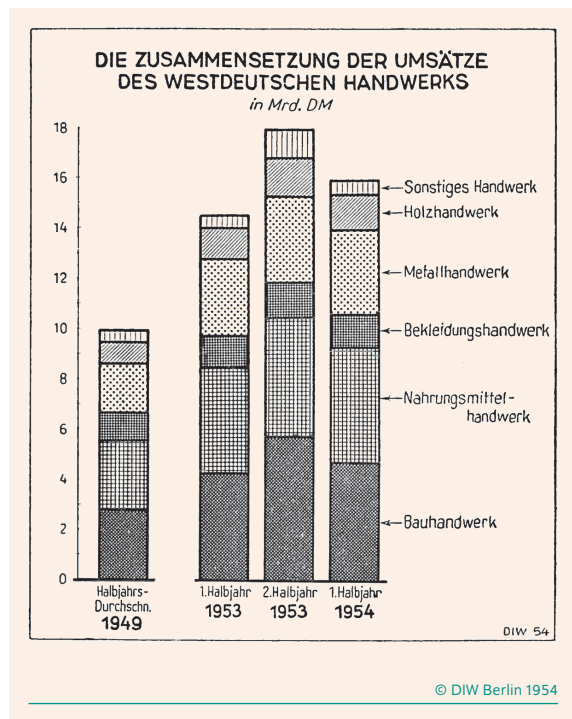
Versorgungssicherheitsreserve kann Strommarkt absichern und Flexibilität erschließen

- Studie zeigt Eﬀekte von Kapazitätsmechanismen auf Strommarkt
- Versorgungssicherheitsreserve ist leicht umsetzbar und fördert nachfrageseitige Flexibilität
- Zentraler Kapazitätsmarkt führt zu geringeren Investitionen in flexible Nachfrage

792 Kommentar von Marcel Fratzscher

Der Kuchen muss vielleicht gar nicht kleiner werden

Expansionsmöglichkeiten des Handwerks im Bundesgebiet und in West-Berlin



Seit der Währungsreform sind die Umsätze des Handwerks Jahr für Jahr gestiegen. Diese Entwicklung, die gleichzeitig von einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit vieler Handwerksbetriebe¹⁾ begleitet wurde, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß an der Umsatzausweitung bisher nur ganz bestimmte Handwerkszweige beteiligt waren. Hierzu gehören infolge der lebhaften Bautätigkeit vor allem sämtliche Zweige des Bau- und Baunebenhandwerks; ihr Anteil am Gesamtumsatz des Handwerks ist seit 1949 um ein Zehntel gestiegen.

Die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, insbesondere die Zunahme der Einkommen, lassen nun eine Umsatzerhöhung in Gütern und Leistungen des gehobenen Bedarfs (z. B. Bekleidung, Möbel, Dienstleistungen) auch für diejenigen Zweige des Handwerks erwarten, deren Hauptaufgabe die Deckung jenes Bedarfs ist. An der Umsatzentwicklung des Handwerks ist trotz mancher Anzeichen bisher jedoch nur wenig von einer verstärkten Nachfrage in dieser Richtung zu spüren. Der nichtlebensnotwendige Bedarf hat eine wesentlich höhere Nachfrageelastizität und Substituierbarkeit als z. B. der Nahrungsmittelbedarf. Für die Zukunft könnten deshalb verstärkte Bemühungen um Förderung des Absatzes an hochwertigen Erzeugnissen diesen Zweigen des Handwerks Möglichkeiten eröffnen, an der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung voll teilzunehmen.

1) Vgl. W. Siewert: „Strukturwandlungen des Handwerks im Rahmen der Wirtschaftsentwicklung“, Sonderheft 31 (neue Folge) des DIW, Berlin 1954.

Aus dem Wochenbericht Nr. 49 vom 3. Dezember 1954

IMPRESSUM

DIW BERLIN

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

91. Jahrgang 4. Dezember 2024

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Clara Schäper; Prof. Dr. Pio Baake

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

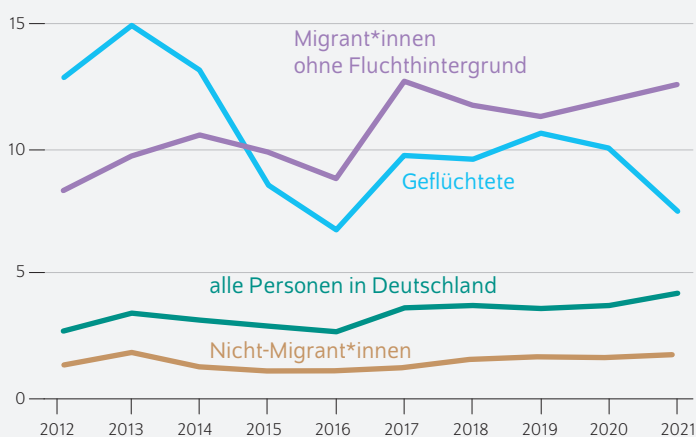
Geflüchtete senden seltener Geld ins Ausland als andere Migrant*innen

Von Adriana Cardozo Silva und Sabine Zinn

- Zahl der Geldüberweisungen ins Ausland hat in den vergangenen Jahren weltweit zugenommen – auch in Deutschland
- Studie auf Basis groß angelegter repräsentativer Umfragedaten untersucht, wie sich der Anteil der in Deutschland lebenden Personen, die Geld ins Ausland überweisen, verändert hat
- Nur sieben Prozent der Geflüchteten und zwölf Prozent der Migrant*innen ohne Fluchthintergrund sandten im Jahr 2021 Geld ins Ausland
- Wahrscheinlichkeit für Geldüberweisungen sinkt, je größer der Haushalt und je geringer die Rückkehrabsicht ist
- Rolle von Auslandsüberweisungen sollte in politischer und medialer Debatte neu bewertet werden, zumal sie wichtigen Beitrag zur Entwicklung in Heimatländern leisten

Anteil der Geflüchteten in Deutschland, die Geld ins Ausland überweisen, sinkt

In Prozent der jeweiligen Gruppe



© DIW Berlin 2024

ZITAT

„Die Vorstellung, dass Geflüchtete, die auf Grundsicherung angewiesen sind, in großem Umfang Geld ins Ausland schicken könnten, entbehrt jeder empirischen Grundlage. Mehr in den Fokus genommen werden sollte die Tatsache, dass Auslandsüberweisungen ein wichtiges Mittel informeller Entwicklungshilfe sind.“

— Sabine Zinn —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Sabine Zinn
www.diw.de/mediathek

Geflüchtete senden seltener Geld ins Ausland als andere Migrant*innen

Von Adriana Cardozo Silva und Sabine Zinn

ABSTRACT

Über Geldüberweisungen von Geflüchteten in ihre Heimat wurde in den vergangenen Jahren in Deutschland politisch scharf debattiert, was zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber*innen führte. Die vorliegende Studie untersucht, wie sich der Anteil der in Deutschland lebenden Personen, die Geld ins Ausland überweisen, im Laufe der Zeit je nach Migrationshintergrund – mit oder ohne Fluchthintergrund – verändert hat und welche Faktoren die Wahrscheinlichkeit von Geldsendungen beeinflussen. Basierend auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) sowie den IAB-SOEP-Migrationsstichproben und der IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter von 2013 bis 2022 zeigt die Untersuchung, dass Migrant*innen ohne Fluchthintergrund häufiger Geldtransfers tätigen, während Geflüchtete aufgrund struktureller Barrieren seltener dazu in der Lage sind. Die politische Debatte spiegelt also nicht die Realität wider. Über die Wahrscheinlichkeit, Geldüberweisungen ins Ausland zu tätigen, entscheiden insbesondere die Familiensituation und die Absicht, längerfristig in Deutschland zu bleiben. Die Ergebnisse sollten auch insofern zu einer Neubewertung beitragen, als diese Geldüberweisungen ein wichtiges Instrument zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele darstellen und die Wirtschaft in den Herkunftsländern stabilisieren und Armut reduzieren.

In den vergangenen Jahrzehnten ist das Volumen der privaten Geldsendungen ins Ausland weltweit stetig gestiegen und hat historische Höchststände erreicht. Nach Angaben der Weltbank, basierend auf Berechnungen der jeweiligen Zentralbanken, haben sich diese Geldströme zu einer bedeutenden Einnahmequelle für viele Entwicklungsländer entwickelt. Sie helfen Millionen von Familien, grundlegende Bedürfnisse zu erfüllen, und leisten einen wichtigen Beitrag zur lokalen wirtschaftlichen Entwicklung.¹ Auch Deutschland reiht sich in diesen globalen Trend ein: Seit den 2000er Jahren verzeichnet das Land einen anhaltenden Anstieg der ins Ausland gesendeten Geldüberweisungen (Abbildung 1). Im Jahr 2023 überschritten die aus Deutschland transferierten Beträge 24 Milliarden Dollar (22 Milliarden Euro), womit Deutschland zu einem der führenden Überweisungsländer Europas wurde.

Diese Entwicklung hängt auch mit der veränderten Migrationsdynamik zusammen, die das Land in den letzten zwei Jahrzehnten erlebte. Seit der Jahrtausendwende ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund² kontinuierlich gestiegen und lag im Jahr 2023 bei etwa 25 Prozent, also rund 21 Millionen. Dieser Anstieg ist sowohl der Zuwanderung internationaler Arbeitskräfte als auch der Aufnahme Schutzsuchender aus Krisenregionen wie Syrien, Afghanistan und zuletzt der Ukraine zu verdanken. Im Jahr 2023 lebten rund 3,2 Millionen Schutzsuchende in Deutschland – ein neuer

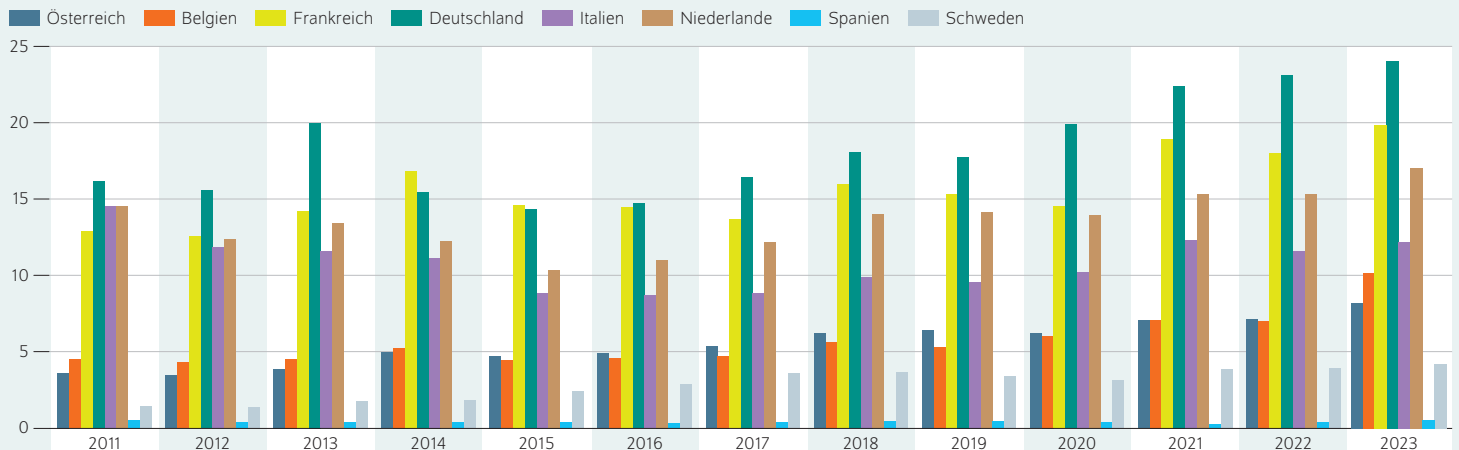
¹ Fachsprachlich sind diese Geldsendungen als Remittances bekannt, vgl. die Website des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (online verfügbar, abgerufen am 2. November 2024). Dies gilt für alle Onlinequellen in diesem Bericht, sofern nicht anders angegeben); Dilip Ratha et al. (2024): Remittances Slowed in 2023, Expected to Grow Faster in 2024. World Bank, Washington D.C. (online verfügbar).

² In diesem Bericht wird nicht zwischen direktem (im Ausland geboren) und indirektem (ein im Ausland geborenes Elternteil) Migrationshintergrund unterschieden, sondern beide Gruppen werden als Migrant*innen zusammengefasst. Unterschieden wird nur zwischen Nicht-Migrant*innen und Migrant*innen (mit und ohne Fluchthintergrund). Die Definition von Migrant*innen und ihren Nachkommen basiert auf verschiedenen Merkmalen, die im SOEP-Datensatz zur Verfügung stehen, wie Geburtsland, Herkunftsland, Einwanderungsjahr und weiteren Angaben zur Migrationsbiografie, vgl. Miriam Gauer und Cornelia Kristen (2024): A guide to using the SOEP for Research on Individuals of Immigrant Origin: Samples and Contents of the SOEP-Core, Including the IAB-SOEP Migration Samples and the IAB-BAMF-SOEP Survey of Refugees, through a Migration and Immigrant Integration Lens. SOEP Survey Papers, 1332, Series C- Data Documentation (online verfügbar, abgerufen am 22. November 2024).

Abbildung 1

Auslandsüberweisungen aus ausgewählten EU-Ländern

Persönliche Überweisungen in Milliarden US-Dollar



Anmerkung: In laufenden Preisen.

Quelle: Weltbank (World Development Indicators).

© DIW Berlin 2024

Auslandsüberweisungen haben europaweit in den Jahren 2015/16 abgenommen, legen seitdem aber stetig zu.

Rekord.³ Dieser Umstand spiegelt das humanitäre Engagement des Landes wider, führte jedoch parallel dazu auch zu einer Verschärfung der migrationspolitischen Debatte. Kritische Stimmen fordern strengere Regularien, insbesondere im Hinblick auf die Aufnahme von Schutzsuchenden. Ein zentrales Argument in dieser Diskussion ist die Sorge, dass ein beachtlicher Teil der staatlichen Hilfen ins Ausland überwiesen wird, was die Attraktivität Deutschlands als Asyl- und Land erhöhen könnte. Diese Annahmen führten bereits zu konkreten regulatorischen Maßnahmen. So wurde ein Bezahlkartensystem eingeführt, das den Zugang zu Bargeld für Asylbewerber*innen einschränkt.⁴ Ziel dieser Maßnahme ist es, die Verwendung staatlicher Leistungen stärker zu kontrollieren und sicherzustellen, dass Geflüchtete diese Hilfen vorwiegend zur Deckung ihres Lebensunterhalts in Deutschland nutzen.⁵ Unberücksichtigt bleibt in dieser Debatte um Geldüberweisungen ins Ausland, welche positiven Effekte diese Gelder für die Empfängerländer haben.⁶

Die Zunahme der Geldüberweisungen und die damit verbundenen politischen Reaktionen unterstreichen die Komplexität der Thematik. Sie verdeutlichen, wie eng wirtschaftliche Aspekte der Migration mit sozialpolitischen Herausforderungen und dem öffentlichen Diskurs verknüpft sind. Während

diese Überweisungen für die Empfängerländer von großer Bedeutung sind, stehen die Aufnahmeländer vor der Herausforderung, Bedenken hinsichtlich der ins Ausland fließenden öffentlichen Gelder auszuräumen und gleichzeitig die Unterstützung und Integration der Flüchtlinge sicherzustellen.

Die von der Weltbank veröffentlichten aggregierten Zahlen, die für Deutschland auf Daten der Bundesbank basieren, geben allerdings keinen Aufschluss darüber, wie hoch die tatsächlichen Beiträge von Migrant*innen, insbesondere von Geflüchteten, und Nicht-Migrant*innen sind (Kasten). Eine detaillierte Analyse der ausschließlich von Migrant*innen überwiesenen Beträge ist daher auf Basis der Bundesbank-Zahlen nicht möglich.⁷ Erfasst werden damit zudem weder die spezifischen Kontexte noch die Beweggründe der Personen, die Überweisungen ins Ausland tätigen. Dies führt zu einer gewissen Unschärfe, da die tatsächlichen finanziellen Beiträge einzelner Gruppen nicht ausreichend differenziert dargestellt werden. Darüber hinaus bleiben Überweisungen, die über informelle Kanäle erfolgen, oft unberücksichtigt oder werden unterschätzt, was das Gesamtbild zusätzlich verzerrt.⁸

⁷ Jörg Feuerhake und Maria Pia Cobián (2024): Personal transfers in the balance of payments: estimation under changing migration patterns. Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics (online verfügbar).

⁸ Informelle Kanäle umfassen unregulierte Methoden, wie das Hawala-System, bei dem Transaktionen auf Vertrauensbasis oder physischen Transport von Bargeld durch Kurierdienste erfolgen. Informelle Kanäle sind oft schneller und günstiger, bergen jedoch Risiken wie Geldwäsche und fehlende Verbraucherschutzmaßnahmen. Offizielle Kanäle hingegen sind regulierte Finanzinstitutionen wie Banken, Geldtransferanbieter (wie Western Union) oder mobile Finanzdienste (wie M-Pesa). Vgl. International Monetary Fund (2008): Understanding Remittances: Demography, Transaction Channels, and Measurement. In: International Transactions in Remittances: Guide for Compilers and Users (online verfügbar); Andrea Friedrich, Jens Walter und Birgit Zeitschel (2007): The German remittance market – an overview. Deutsche Bundesbank (online verfügbar).

³ Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland. Hrsg. v. Bundeszentrale für politische Bildung, Statistischem Bundesamt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Kapitel 1: Bevölkerung und Demografie (online verfügbar, abgerufen am 28. November 2024).

⁴ Vgl. die Details zur Bezahlkarte auf der Website der Bundesregierung (online verfügbar).

⁵ Herbert Brücker (2024): Eine Einschätzung der Bezahlkarte für Geflüchtete. BIM Policy Brief No. 2 (online verfügbar).

⁶ Hillel Rapoport und Frédéric Docquier (2006): Chapter 17: The Economics of Migrants' Remittances. In: Handbook of the Economics of Giving, Altruism and Reciprocity, 2, 1135–1198 (online verfügbar).

Kasten

Berechnungsmethoden und Datengrundlage von Auslandsüberweisungen

Die internationalen Überweisungsstatistiken, wie sie in den International Financial Statistics des Internationalen Währungsfonds berichtet werden, folgen der Methodik des Balance of Payments Manual (BPM6), das Überweisungen in zwei Hauptkategorien einteilt:¹

- Arbeitnehmer*innenentgelt (Compensation of Employees, CE): Umfasst die Einkünfte von Personen, die vorübergehend in einem anderen Land arbeiten, zum Beispiel Saisonarbeitskräfte. Erfasst wird das Bruttoeinkommen einschließlich der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.
- Private Transfers (Personal Transfers, PT): Umfasst alle Geld- oder Sachtransfers, die Einwohnende ins Ausland senden, unabhängig von ihrer Beziehung zu den Empfänger*innen.²

In Deutschland werden Überweisungsdaten hauptsächlich über Banken erhoben. Überweisungen von kleineren Beträgen (unter 12 500 Euro) und informelle Geldtransfers bleiben jedoch häufig unberücksichtigt, was das tatsächliche Überweisungsvolumen unterschätzen kann. Die Daten können zudem Überweisungen von Deutschen ohne Migrationshintergrund enthalten. Weiterhin bestehen Herausforderungen bei der Erfassung informeller und digitaler Überweisungen.

Datenbasis und Methodik im SOEP

Einen Teil dieser Differenzierungen kann für Deutschland das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) vornehmen, das als Datengrundlage dieses Berichts dient. Das SOEP ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte, repräsentative und multidisziplinäre Haushaltsbefragung, die aktuell etwa 15 000 Haushalte umfasst (Version 39). Die Analyse beschränkt sich auf die Jahre 2013 bis 2022, um explizit die Erhebungswellen der IAB-SOEP-Migrationsstichproben sowie die Wellen der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten zu erfassen.³ Durch die Einbeziehung dieser Studien steht eine repräsentative Bevölkerungsstichprobe für Personen mit Migrations- und Fluchthintergrund zur Verfügung, die die Migrationsdynamik des letzten Jahrzehnts widerspiegelt und

mit dem Rest der im SOEP enthaltenen Bevölkerung verglichen werden kann.⁴

Die Fragen, die für die Analyse zu Auslandsüberweisungen verwendet wurden, finden sich im Abschnitt „Familie und Freundeskreis“ der Befragung (siehe zum Beispiel Frage 218, Fragebogen Personen, SOEP v39). Die folgende Frage wird in allen Stichproben konsistent erhoben: „Haben Sie persönlich im letzten Jahr, also im Jahr 20xx, Zahlungen oder finanzielle Unterstützungen an Verwandte oder sonstige Personen außerhalb dieses Haushalts geleistet? Wenn ja, wie hoch war der Betrag im Jahr 20xx insgesamt etwa? Wo lebt der Empfänger?“ Als mögliche Antwortkategorien für die Empfänger*innen gelten: an Ihre Eltern, an Ihre Kinder, an Ehepartner/geschiedenen Ehepartner, an sonstige Verwandte, an nicht verwandte Personen sowie keine Zahlungen dieser Art geleistet.

Mehrere Antworten sind möglich. Dadurch können sie im selben Jahr angeben, Geld sowohl an im Ausland lebende als auch an in Deutschland ansässige Verwandte zu überweisen. Dies erlaubt eine umfassendere Erfassung der Überweisungspraktiken der Befragten und berücksichtigt die unterschiedlichen Empfängerorte.

Für die Analyse in diesem Wochenbericht wird zwischen individuellen Geldtransfers, die ausschließlich innerhalb Deutschlands getätigt wurden, und Überweisungen ins Ausland unterschieden. Allerdings lässt die Erhebung keine genaue Differenzierung zu, in welches spezifische Land die Gelder geflossen sind. Auf Grundlage dieser Definition konzentriert sich der Bericht auf Personen, die im Vorjahr Geld ins Ausland an einen oder mehrere der genannten Empfänger*innen überwiesen haben.

Wie in der Forschung bekannt, sind die von den Befragten gemeldeten Überweisungsbeträge oft unvollständig erfasst und verzerrt.⁵ Eine detaillierte Analyse dieser Werte erfordert eine komplexe Methode der multiplen Imputation, die den Rahmen dieses kurzen Berichts sprengen würde. Daher konzentriert sich die vorliegende Analyse darauf, ob eine Person Geldüberweisungen ins Ausland tätigt oder nicht, ohne dabei die Höhe der Beträge umfassend zu berücksichtigen.

¹ Friedrich, Walter und Zeitschel (2007), a.a.O.

² International Monetary Fund (2009): Balance of Payments and International Investment Position Manual. Sixth Edition (BPM6) (online verfügbar).

³ IAB-SOEP-Migrationsstichproben (M1, M2, M7, M8 oder M8b), Daten der Jahre 2013–2022 (online verfügbar); IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter (M3-M6), Daten der Jahre 2016–2022 (online verfügbar).

⁴ Goebel et al. (2019), a. a. O.

⁵ Vgl. Duane F. Alwin, Kristina Zeiser und Don Gensimore (2014): Reliability of self-reports of financial data in surveys: Results from the health and retirement study. Sociological Methods & Research, 43(1), 98–136.

Um ein klareres Verständnis davon zu erhalten, wer unter welchen Bedingungen Geld sendet, ist es entscheidend, den Verlauf und die treibenden Faktoren dieser Geldtransfers genauer zu untersuchen. Eine solche Analyse kann nicht nur Einblicke in die ökonomischen Verhältnisse und Lebensrealitäten von Migrant*innen in Deutschland bieten, sondern auch aufzeigen, welche Motive und Herausforderungen sie antreiben, finanzielle Unterstützung in ihre

Herkunftsländer zu schicken. Diese tiefere Betrachtung ist entscheidend, um fundierte politische Entscheidungen zu treffen und die Auswirkungen von Migration und Finanzströmen auf die Gesellschaften, sowohl der Absender- als auch der Empfängerländer, besser zu verstehen.

Die vorliegende Analyse ist die erste, die auf Basis repräsentativer, längsschnittlicher Befragungsdaten von

Privathaushalten in Deutschland eine gezielte Unterscheidung zwischen Migrant*innen ohne Fluchthintergrund, Geflüchteten und Nicht-Migrant*innen in Bezug auf Auslandsüberweisungen ermöglicht.⁹ Sie stützt sich auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)¹⁰, der IAB-SOEP-Migrationsstichproben der Jahre 2013 bis 2022 sowie die IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten für die Jahre 2016 bis 2022.¹¹ Diese Erhebungen gehören zu den umfassendsten und langjährigsten multidisziplinären Haushaltspanels weltweit und bieten eine einzigartige Grundlage für fundierte Analysen der Bevölkerung mit Migrations- und Fluchthintergrund (Kasten).

Beweggründe für Geldtransfers: Altruismus, Strategie und kulturelle Verbundenheit

Die Gründe für das Senden von Geld ins Ausland sind sehr unterschiedlich und wurden in der Migrations- und Wirtschaftsforschung intensiv untersucht. Im Wesentlichen lassen sich die Gründe für solche Geldtransfers in drei Hauptkategorien unterteilen: altruistische Motive, strategische oder investitionsorientierte Absichten sowie soziale und kulturelle Bindungen.¹² Diese Beweggründe können sich überlagern und spiegeln unterschiedliche Bedürfnisse und Umstände wider, die je nach den individuellen Bedingungen der Migrant*innen und der Art ihrer Migration variieren können.

Altruistische Motive

Ein zentraler Beweggrund für Geldüberweisungen ist Altruismus – das Bedürfnis, Verwandte in Not zu unterstützen. Diese Motivation gewinnt besonders in Krisenzeiten im Herkunftsland an Bedeutung, wenn Familien mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten, politischer Instabilität oder Naturkatastrophen konfrontiert sind. Geldsendungen werden in solchen Fällen zu einer lebenswichtigen Unterstützung, um grundlegende Bedürfnisse wie Nahrung, medizinische Versorgung und Bildung zu sichern.¹³ Diese Form der Hilfeleistung ist sowohl bei Migrant*innen ohne Fluchthintergrund als auch bei Geflüchteten verbreitet, wobei letztere aufgrund der Dringlichkeit ihrer Fluchtsituation und der oft prekären Lage ihrer Familien einem besonderen

Druck ausgesetzt sein können, finanzielle Unterstützung zu leisten.¹⁴

Strategische oder investitionsorientierte Motive

Für manche Migrant*innen, insbesondere solche in stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen, stellen Geldüberweisungen eine strategische Investition dar. Hierbei wird das überwiesene Geld genutzt, um Vermögenswerte im Herkunftsland zu erwerben oder zu erhalten, wie Immobilien oder Familienunternehmen. Ziel ist es meist, langfristige Einkommensquellen zu sichern oder eine mögliche Rückkehr vorzubereiten.¹⁵ Diese Motivation findet sich vor allem bei Migrant*innen ohne Fluchthintergrund, die im Vergleich zu Geflüchteten meist eine gesicherte Arbeitssituation haben und somit ihre finanziellen Ressourcen eher für langfristige Investitionen im Herkunftsland planen können.¹⁶ Attraktive Investitionsbedingungen, wie günstige Wechselkurse oder niedrige Zinssätze sowie Transaktionskosten, können diese Art von Überweisungen ebenfalls begünstigen.

Soziale und kulturelle Bindungen

Neben wirtschaftlichen Überlegungen kann das Senden von Geld auch dem Wunsch dienen, die Verbindung zum Herkunftsland zu bewahren und familiären oder kulturellen Erwartungen gerecht zu werden. Für viele Migrant*innen stärkt der regelmäßige Geldtransfer nicht nur die familiären Beziehungen, sondern festigt auch ihre kulturelle Identität und Zugehörigkeit.¹⁷ Die Intensität und Häufigkeit solcher Überweisungen kann von der Nähe zu den zurückgebliebenen Angehörigen und der Aufenthaltsdauer im Aufnahmeland beeinflusst werden. Geflüchtete befinden sich hier jedoch oft in einer zwiespältigen Lage: Obwohl sie starke emotionale Bindungen zu ihren Familien pflegen, können finanzielle Einschränkungen im Aufnahmeland die Höhe und Regelmäßigkeit der Überweisungen begrenzen.

Mehr Migrant*innen als Geflüchtete versenden Geld ins Ausland

Um zu verstehen, wie sich die theoretischen Beweggründe für das Senden von Geldüberweisungen in der Praxis niederschlagen, wird zunächst basierend auf den SOEP-Daten der Jahre 2013 bis 2022 die Entwicklung des Anteils der Personen beschrieben, die Geld ins Ausland senden. Anschließend beleuchten statistische Modelle die Merkmale, die mit einer höheren Wahrscheinlichkeit von Geldtransfers verbunden sind.

⁹ Die Autorinnen danken an dieser Stelle den wissenschaftlichen Hilfskräften Leon Prag und Jan Kacprzak für ihre Unterstützung.

¹⁰ Das SOEP ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte, repräsentative und multidisziplinäre Haushaltsbefragung, die aktuell etwa 15 000 Haushalte umfasst, vgl. Jan Goebel et al. (2018): The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Journal of Economics and Statistics*, 239(29), 345–360.

¹¹ Herbert Brücker et al. (2014): The new IAB-SOEP Migration Sample: an introduction into the methodology and the contents. SOEP Survey Paper 216 (online verfügbar); Herbert Brücker, Nina Rother und Jürgen Schupp (2017): IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten 2016. Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. DIW Politikberatung kompakt 123 (online verfügbar).

¹² Frédéric Docquier, Hillel Rapoport und Sara Salomone (2012): Remittances, migrants' education and immigration policy: Theory and evidence from bilateral data. *Regional Science and Urban Economics* 42(5), 817–828 (online verfügbar).

¹³ Cynthia Bansak und Brian Chazum (2009): How Do Remittances Affect Human Capital Formation of School-Age Boys and Girls? *American Economic Review*, 99(2), 145–148 (online verfügbar, abgerufen am 22. November 2024).

¹⁴ Robert E. B. Lucas und Oded Stark (1985): Motivations to Remit: Evidence from Botswana. *Journal of Political Economy* 93(5), 901–918 (online verfügbar).

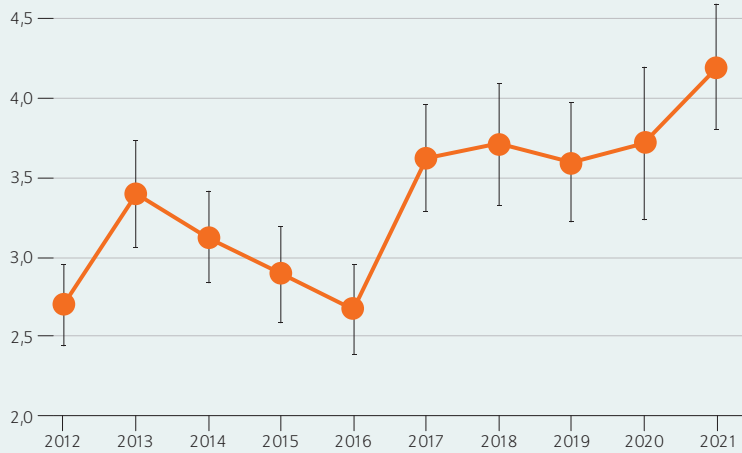
¹⁵ Docquier, Rapoport und Salomone (2012), a. a. O.

¹⁶ Adriana R. Cardozo Silva et al. (2021): The impact of COVID-19 government responses on remittances in Latin American countries. *Journal of International Development* 34(4), 803–822 (online verfügbar).

¹⁷ Anna Lindley (2009): The early-morning phonecall: remittances from a refugee diaspora perspective. *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35(8) (online verfügbar).

Abbildung 2

Personen in Deutschland, die Auslandsüberweisungen tätigen
Anteil in Prozent an allen in Deutschland lebenden Personen



Anmerkung: Die vertikalen Linien markieren das 95-Prozent-Konfidenzintervall. In 95 Prozent der Fälle liegt der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP v39 (gewichtet), inklusive IAB-SOEP-Stichprobe und IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter.

© DIW Berlin 2024

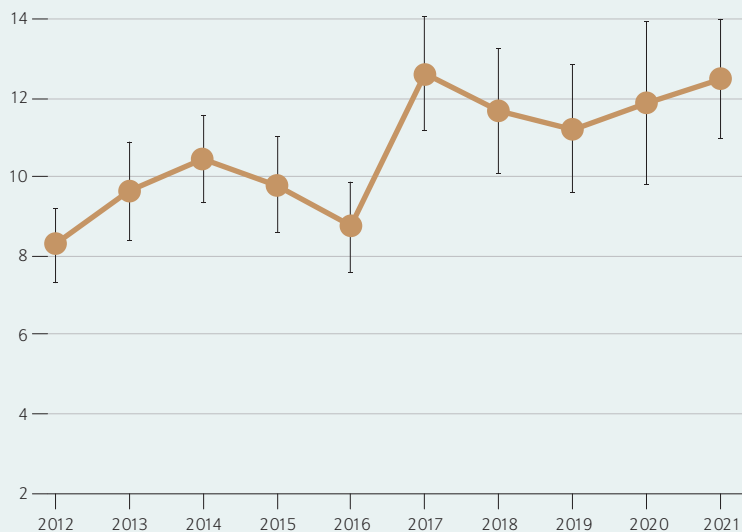
Rund vier Prozent der in Deutschland lebenden Personen tätigen Auslandsüberweisungen, darunter auch Nicht-Migrant*innen.

Obwohl Geldüberweisungen ins Ausland hauptsächlich mit Migrant*innen in Verbindung gebracht wird, senden auch Nicht-Migrant*innen, also Deutsche ohne Migrationshintergrund, Geld in andere Länder. In den vergangenen Jahren haben zwischen drei und vier Prozent aller in Deutschland lebenden Personen Geld ins Ausland gesandt (Abbildung 2), auch ungefähr 1,5 Prozent der Nicht-Migrant*innen. Die SOEP-Daten geben aber nur begrenzte Hinweise darauf, in welchem Ausmaß oder aus welchen spezifischen Gründen die Nicht-Migrant*innen Geld ins Ausland sandten. Offen ist, ob sie diese Geldüberweisungen eher punktuell oder sporadisch tätigten, etwa zur Unterstützung von Verwandten in bestimmten Situationen, und nicht regelmäßig wie viele Migrant*innen. Überweisungen können zum Beispiel getätigt werden, um den eigenen Kindern ein Studium im Ausland zu finanzieren.

Bei den Migrant*innen ohne Fluchthintergrund ist ein klarer Aufwärtstrend zu erkennen: Seit 2016 hat der Anteil dieser Gruppe, die Gelder ins Ausland überweist, kontinuierlich zugenommen und stieg von acht Prozent auf fast zwölf Prozent im Jahr 2021 (Abbildung 3). Dieser Anstieg könnte auf eine zunehmende berufliche und wirtschaftliche Stabilisierung hinweisen, wodurch mehr Migrant*innen ihre Familien im Herkunftsland stärker finanziell unterstützen oder in Immobilien und Unternehmen investieren konnten. Diese Ergebnisse korrelieren mit den in der Literatur beschriebenen strategischen und investitionsorientierten Motiven, die häufig von altruistischen Beweggründen begleitet werden.

Abbildung 3

Anteil der Migrant*innen ohne Fluchthintergrund in Deutschland, die Auslandsüberweisungen tätigen
In Prozent an allen Migrant*innen ohne Fluchterfahrung



Anmerkung: Die vertikalen Linien markieren das 95-Prozent-Konfidenzintervall. In 95 Prozent der Fälle liegt der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP v39 (gewichtet), inklusive IAB-SOEP-Stichprobe und IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter.

© DIW Berlin 2024

Der Anteil der Migrant*innen ohne Fluchterfahrung, die Geld ins Ausland senden, liegt seit 2017 stabil bei rund zwölf Prozent.

Der Rückgang der Überweisungen von Migrant*innen ohne Fluchthintergrund zwischen 2013 und 2016 fiel zeitlich mit dem Anstieg der Fluchtsuchenden in Europa in den Jahren 2015/16 zusammen, als rund 1,3 Millionen Geflüchtete, hauptsächlich aus Syrien, nach Deutschland kamen.¹⁸ Das verstärkte altruistische Engagement der Bevölkerung in dieser Zeit für nach Deutschland Geflüchtete könnte erklären, warum weniger Migrant*innen Geld ins Ausland schickten.¹⁹

Der Anteil der Geflüchteten, die Geld ins Ausland überwiesen, war geringer als bei den Migrant*innen ohne Fluchthintergrund. Von 2013 bis 2016 war ein kontinuierlicher Rückgang von 15 auf sieben Prozent zu beobachten (Abbildung 4). Insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 nahm der Anteil der Geflüchteten, der Geld ins Ausland schickt, ab – ähnlich wie bei anderen Migrant*innen. Zwischen 2017 und 2020 stabilisierte sich der Anteil bei etwa zehn Prozent, bevor er 2021 erneut auf sieben Prozent sank. Dieser Abwärtstrend ist vermutlich durch wirtschaftliche und beschäftigungsmäßige Schwierigkeiten zu erklären, mit denen sich viele Menschen während der Corona-Pandemie konfrontiert sahen.²⁰ Er deutet darauf hin, dass

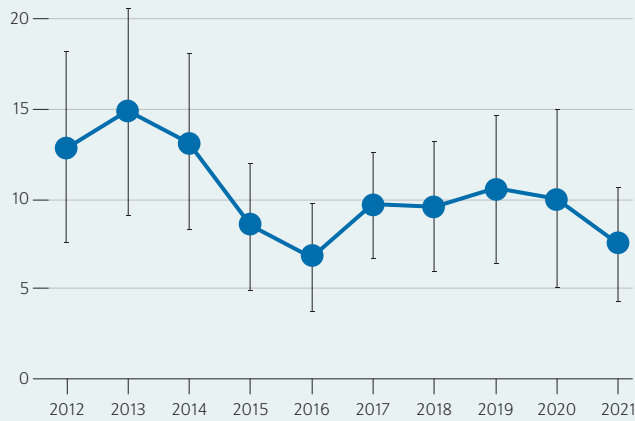
¹⁸ Bundeszentrale für politische Bildung (2024): Demografie von Asylsuchenden in Deutschland (online verfügbar).

¹⁹ Chang Woon Nam und Peter Steinhoff (2018): The Role of Volunteers in German Refugee Crisis and Their Contribution to the Local Government Expenditure. CESifo Working Paper No. 7352 (online verfügbar).

²⁰ Herbert Brückner et al. (2021): Die Arbeitsmarktwirkungen der COVID-19-Pandemie auf Geflüchtete und andere Migrantinnen und Migranten. IAB-Forschungsbericht Nr. 5 (online verfügbar).

Abbildung 4

Anteil der Geflüchteten in Deutschland, die Auslandsüberweisungen tätigen In Prozent an allen Geflüchteten



Anmerkung: Die vertikalen Linien markieren das 95-Prozent-Konfidenzintervall. In 95 Prozent der Fälle liegt der unbekannte tatsächliche Wert in diesem Intervall.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP v39 (gewichtet), inklusive IAB-SOEP-Stichprobe und IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter.

© DIW Berlin 2024

Der Anteil der Geflüchteten, die Geld ins Ausland überweisen, zeigt seit 2012 einen abnehmenden Trend.

Geflüchtete zwar starke soziale und kulturelle Bindungen zu ihren Herkunftsländern aufrechterhalten und ihre Familien unterstützen wollten, ihre wirtschaftliche Situation jedoch ihre Fähigkeit einschränkte, regelmäßig Geld zu senden.

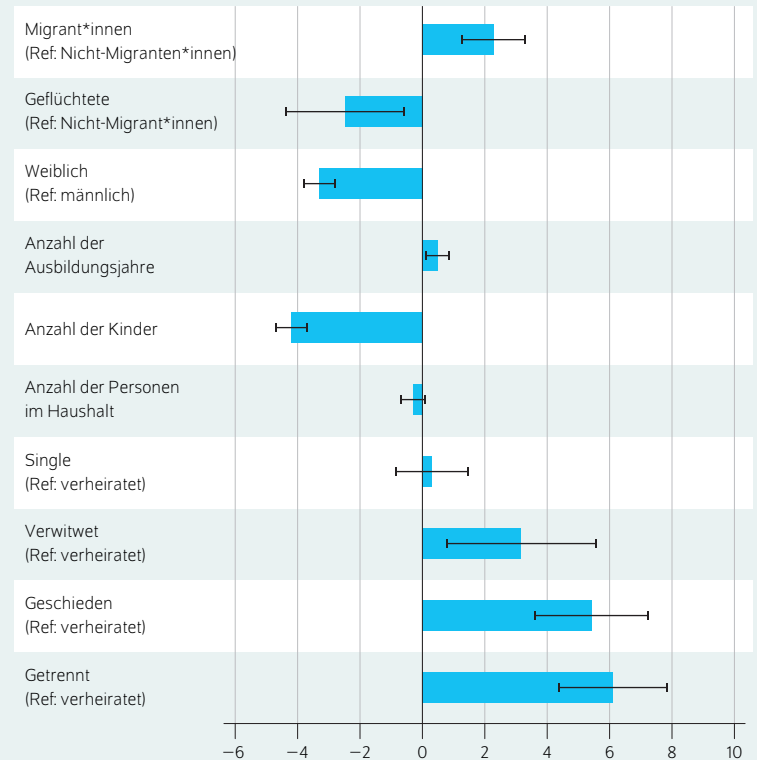
Männer, kleine Haushalte und Geschiedene senden eher Geld ins Ausland

Um die Beweggründe von Geldüberweisungen ins Ausland besser zu verstehen, werden im Folgenden anhand zweier statistischer Modelle die persönlichen und familiären Faktoren untersucht, die die Wahrscheinlichkeit von Geldüberweisungen beeinflussen können. Im ersten Modell werden Variablen wie Geschlecht, Bildungsniveau, Haushaltsgröße, Anzahl der Kinder, Familienstand und Lebenszufriedenheit berücksichtigt (Abbildung 5). Der Fokus liegt dabei auf dem Migrationshintergrund und unterscheidet daher zwischen Nicht-Migrant*innen (Deutsche ohne Migrationshintergrund) und Migrant*innen (ohne Fluchthintergrund und Geflüchtete). Die Ergebnisse zeigen, dass Migrant*innen mit einer um 2,1 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit Geld ins Ausland schicken als Nicht-Migrant*innen, während Geflüchtete mit einer um 2,7 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit als Nicht-Migrant*innen Überweisungen tätigen. Dies steht im Einklang mit Studien, die belegen, dass Geflüchtete oft stärkeren wirtschaftlichen Einschränkungen unterliegen, was ihre Kapazität zur Überweisung von Geldern verringert.²¹

²¹ Francesco Fasani et al. (2022): The Struggle for Refugee integration into the labor market: evidence from Europe. *Journal of Economic Geography* 22(2), 351–393 (online verfügbar).

Abbildung 5

Effekt von persönlichen Faktoren auf Wahrscheinlichkeit von Auslandsüberweisungen aller in Deutschland lebenden Personen Abweichung vom Referenzwert in Prozentpunkten



Anmerkung: Korreliertes Random-Effects-Modell mit festen Zeiteffekten und Clustering auf individueller Ebene, unter Berücksichtigung unbeobachteter individueller Heterogenität und adjustiert für Alter und Herkunftsregion.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP v39 (gewichtet), inklusive IAB-SOEP-Stichprobe und IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter.

© DIW Berlin 2024

Geflüchtete haben im Vergleich zu Nicht-Migrant*innen eine um 2,7 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, Geld ins Ausland zu schicken.

Das Geschlecht spielt ebenfalls eine Rolle: Frauen senden mit einer um 3,4 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit Geld ins Ausland als Männer, was auf einen unterschiedlichen Zugang zu Haushaltsressourcen zurückzuführen sein könnte. Studien zur geschlechtsspezifischen Überweisungspraxis deuten darauf hin, dass Migrantinnen oft vor größeren wirtschaftlichen Hürden stehen und spezifische familiäre Verpflichtungen haben, die ihre Einkommensmöglichkeiten und damit die Fähigkeit zur Geldüberweisung einschränken.²² Vor allem Einkommensunterschiede führen dazu, dass Frauen, selbst wenn sie motiviert sind, ihre Familien im Ausland zu unterstützen, seltener und kleinere Beträge überweisen als Männer.²³

²² Elke Holst, Andrea Schäfer und Mechthild Schrooten (2010): Gender, Transnational Networks and Remittances: Evidence from Germany. *DIW Discussion Paper* 1005 (online verfügbar).

²³ Rahel Kunz und Julia Maisenbacher (2021): Gender and remittances. In: *The Palgrave Handbook of Gender and Migration*, 321–338 (online verfügbar).

Abbildung 6

Effekt von persönlichen Faktoren auf Wahrscheinlichkeit von Auslandsüberweisungen von Migrant*innen Abweichung vom Referenzwert in Prozentpunkten



Anmerkung: Gepoolte OLS-Regression mit festen Zeiteffekten und Clustering auf individueller Ebene, adjustiert für Alter und Herkunftsregion.

Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf SOEP v39 (gewichtet), inklusive IAB-SOEP-Stichprobe und IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter.

© DIW Berlin 2024

Wer für immer in Deutschland bleiben will, überweist mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit Geld ins Ausland als jemand, der wieder zurückkehren will.

Das Bildungsniveau zeigt nur einen geringen Einfluss auf das Überweisungsverhalten, was mit der gemischten Evidenz in der Forschung übereinstimmt. Einige Studien weisen darauf hin, dass besser gebildete Migrant*innen seltener Geld senden, da sie aufgrund ihrer Qualifikationen im Herkunftsland bereits in stabileren wirtschaftlichen Verhältnissen lebten und weniger Druck zur Unterstützung haben.²⁴ Ihre Familien sind möglicherweise finanziell abgesichert und weniger auf regelmäßige Überweisungen angewiesen. Andere Studien legen nahe, dass weniger gebildete Migrant*innen häufiger Geld senden, insbesondere wenn ihre Familien wirtschaftliche Schwierigkeiten haben oder

wenn die Migration primär zur finanziellen Unterstützung der Familie erfolgte.²⁵

Die Größe des Haushalts beeinflusst ebenfalls das Überweisungsverhalten: Mit jedem zusätzlichen Haushaltsmitglied sinkt die Wahrscheinlichkeit einer Überweisung um 0,4 Prozentpunkte, was auf erhöhte finanzielle Verpflichtungen innerhalb größerer Haushalte hinweist. Auch der Familienstand hat einen starken Einfluss: Verwitwete, Geschiedene und Getrennte senden mit höherer Wahrscheinlichkeit Geld als verheiratete Personen, was möglicherweise auf ein ausgeprägteres Verantwortungsgefühl für im Ausland lebende Angehörige oder eine geografische Trennung der Familienmitglieder zurückzuführen ist. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit der Forschung, die die Bedeutung der Familienstruktur für das Überweisungsverhalten unterstreicht.²⁶

Rückkehrabsicht hat Einfluss auf Auslandsüberweisungen

Das zweite Modell unterscheidet zwischen Migrant*innen ohne Fluchthintergrund und Geflüchteten. Dazu werden zusätzliche Faktoren wie die Absicht, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, und die Stärke der Bindung zum Herkunftsland untersucht (Abbildung 6). Es zeigt sich, dass Migrant*innen, die planen, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, seltener Geld ins Ausland senden. Dies deutet darauf hin, dass eine langfristige Ansiedlungsabsicht mit einer stärkeren Priorisierung von Investitionen in Deutschland verbunden ist.²⁷ Im Gegensatz dazu erhöht eine starke emotionale Bindung zum Herkunftsland die Wahrscheinlichkeit von Geldüberweisungen ins Ausland, was die Bedeutung von familiären Verpflichtungen und emotionaler Nähe unterstreicht.²⁸

Zusammengefasst verdeutlichen die Ergebnisse beider Modelle die zentrale Rolle der Migrations- und Fluchterfahrung sowie persönlicher Faktoren wie Rückkehrabsicht und emotionaler Bindungen für das Überweisungsverhalten. Diese Erkenntnisse tragen dazu bei, die komplexen Beweggründe und unterschiedlichen Rahmenbedingungen von Migrant*innen in Deutschland besser zu verstehen.

Fazit: Neubewertung und bessere Datenerfassung erforderlich

Die Daten zeigen, dass Geflüchtete nicht nur seltener Geld ins Ausland senden als Migrant*innen ohne Fluchthintergrund. Sie zeigen auch, dass die Wahrscheinlichkeit, dass sie es tun, geringer ist als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Diese Erkenntnisse entlarven zum einen die

²⁵ Richard H. Adams Jr. (2009): The Determinants of International Remittances in Developing Countries. *World Development* 37(1), 93–103 (online verfügbar).

²⁶ Mathias G. Sinning (2011): Determinants of savings and remittances: empirical evidence from immigrants to Germany. *Review of Economics of the Household* 9, 45–67 (online verfügbar).

²⁷ Christian Dustmann und Josep Mestres (2010): Remittances and temporary migration. *Journal of Development Economics*, 92(1) (online verfügbar).

²⁸ Tineke Fokkema, Eralba Cela und Elena Ambrosetti (2018): Giving from the heart or from the ego? Motives behind remittances of the second generation in Europe. *International Migration Review* 47(3), 539–572 (online verfügbar).

²⁴ Docquier, Rapoport und Salomone (2012), a. a. O.

Widersprüchlichkeit der politischen Debatte, die sich auf die Geldüberweisungen von Geflüchteten fokussiert und infolgedessen unter anderem auf die Einführung der Bezahlkarte in den verschiedenen Bundesländern dringt, ohne dass deren Nutzen empirisch belegt ist. Zum anderen unterstreichen sie die Notwendigkeit einer tiefergehenden Analyse, um die Zusammenhänge zwischen Geldüberweisungen und spezifischen, vielfältigen Lebensumständen von Migrant*innen (wie deren unterschiedliche Beschäftigungssituation) zu beleuchten. Für eine solche Analyse muss auch die Datenerfassung von Geldüberweisungen verbessert werden, da vor allem Zentralbanken informelle Geldströme oft unzureichend erfassen. Fortschrittliche Techniken wie die Integration verschiedener Datenquellen und multiple Imputation könnten genauere Zahlen liefern und so verlässliche Grundlagen für wirtschaftspolitische Entscheidungen schaffen.

Darüber hinaus ist es entscheidend, den Wert von Auslandsüberweisungen als informelle, aber wichtige Form der wirtschaftlichen Unterstützung anzuerkennen.²⁹ Geldtransfers ins Ausland, die oft aus persönlichen Gründen erfolgen, tragen Studien zufolge erheblich zur wirtschaftlichen Stabilität von Familien in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei. Sie sind häufig wirkungsvoller als Finanzmittel aus der Entwicklungszusammenarbeit, da sie die Bedürfnisse ohne Verluste durch Bürokratie oder Korruption direkt

erreichen. Dadurch leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Armutsbekämpfung und zur wirtschaftlichen Resilienz.³⁰ Migrant*innenüberweisungen ins Ausland gelten als treibende Kraft zur Förderung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen, da sie die Lebensbedingungen von Familien und Gemeinschaften verbessern. Sie ermöglichen es Migrant*innen, ihre Familien in den Herkunftsländern zu unterstützen – eine Handlung, die dem SDG-Rahmen entspricht³¹ und das Recht jedes Menschen unterstreicht, frei über sein Einkommen zu verfügen, unabhängig davon, wo die Angehörigen leben.

Eine Neubewertung der Rolle von Geldüberweisungen könnte politische Maßnahmen besser ausrichten, um diese Transfers zu fördern und ihre Funktion als direktes Entwicklungsinstrument zu stärken.³² Eine gezielte Förderung der wirtschaftlichen Integration von Geflüchteten wäre ein entscheidender Schritt, um ihre finanzielle Unabhängigkeit zu stärken und die Fähigkeit von Geflüchteten, ihre Familien im Ausland zu unterstützen, zu verbessern. Dies würde nicht nur ihre wirtschaftliche Resilienz erhöhen, sondern auch den positiven Effekt ihrer Überweisungen auf die Herkunftsländer verstärken.

²⁹ Gemäß den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen hat sich Deutschland dazu verpflichtet, jährlich 0,7 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für formelle Entwicklungshilfe bereitzustellen. Im Jahr 2022 wurde dieses Ziel mit einem Anteil von 0,85 Prozent leicht übertroffen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in die Berechnung auch sämtliche staatliche Ausgaben für Geflüchtete im ersten Aufenthaltsjahr einfließen, vgl. Angaben auf der Website des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (online verfügbar).

³⁰ Richard H. Adams Jr. und John Page (2005): Do international migration and remittances reduce poverty in developing countries? *World Development* 33(10), 1645–1669 (online verfügbar).

³¹ Karim Barkat et al. (2024): Achieving the Sustainable Development Goals in Developing Countries: The Role of Remittances and the Mediating Effect of Financial Inclusion. *International Review of Economics & Finance* 95, 103460 (online verfügbar, abgerufen am 22. November 2024).

³² Iliana Olivé und María Santillán O'Shea (2022): The role of remittances in promoting sustainable development. In-Depth analysis for the European Parliament (online verfügbar).

Adriana Cardozo Silva ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) im DIW Berlin | acardozosilva@diw.de

Sabine Zinn ist kommissarische Direktorin des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) im DIW Berlin | szinn@diw.de

JEL: F24, F22

Keywords: remittances, international migration

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 49/2024:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



„Auslandsüberweisungen spielen eine essenzielle Rolle bei der Entwicklungshilfe“

Sabine Zinn, kommissarische Direktorin des Sozio-oekonomischen Panels im DIW Berlin.

1. **Frau Zinn, es gibt in Deutschland seit einiger Zeit eine Debatte darüber, dass ein großer Teil der staatlichen Hilfen für Geflüchtete ins Ausland überwiesen wird. Lässt sich beziffern, wie viel Geld das tatsächlich ist?** Nein, denn entsprechende Statistiken existieren nicht. Es gibt Statistiken der Weltbank, die sich aus Informationen der Deutschen Bundesbank speisen, die aber nur die Gesamtsumme beziffern, die aus Deutschland ins Ausland überwiesen wird. Eine Differenzierung der Absender nach Fluchtstatus oder Migrationshintergrund existiert nicht.
2. **Wie hat sich die Zahl der Überweisungen in den letzten Jahren entwickelt?** Die Summe der Auslandsüberweisungen aus Deutschland ist enorm gestiegen. Sie liegt aktuell bei rund 22 Milliarden Euro. Damit ist Deutschland eines der Länder in Europa, das den größten Anteil an Auslandsüberweisungen hat. Das liegt auch darin begründet, dass wir hierzulande in den letzten zwei Jahrzehnten eine starke Migrationsdynamik beobachten können. Mittlerweile haben 25 Prozent der in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund, das sind 20 Millionen.
3. **Sie haben in Ihrer Studie zwischen Migrant*innen mit und ohne Fluchthintergrund differenziert. Welche Gruppe sendet am häufigsten Geld ins Ausland?** Die Gruppe, die am häufigsten Geld ins Ausland sendet, sind Migrant*innen ohne Fluchthintergrund. Geflüchtete senden ebenfalls Geld ins Ausland, aber nicht so häufig.
4. **Wo liegen die Motive für die Geldtransfers?** Wir unterscheiden hier drei verschiedene Motive. Das sind zum einen altruistische Motive, das heißt, sie möchten anderen Menschen in ihrer Herkunftsregion helfen. Zudem gibt es häufig die Intention, dass man sich im Ausland, also meist der alten Heimat, etwas aufbauen möchte und dort in ein Gebäude oder ein Unternehmen investiert. Und natürlich gibt es noch das Motiv, dass man dort, wo man herkommt, kulturell und auch sozial verankert bleiben will.
5. **Lässt das darauf schließen, dass diese Menschen planen, irgendwann wieder zurückzugehen?** Tatsächlich zeigt unsere Studie, dass Menschen, die eine hohe Rückkehrabsicht haben, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit solche Geldtransfers vornehmen. Menschen, die sich in Deutschland integriert haben, hier heimisch geworden sind und gerne hierbleiben möchten, zeigen eine geringere Neigung, Geld ins Ausland zu überweisen.
6. **Welche Wirkung hat das ins Ausland überwiesene Geld vor Ort?** Tatsächlich spielen Auslandsüberweisungen eine essenzielle Rolle im Rahmen von Entwicklungshilfe. Wir bezeichnen das als informelle Entwicklungshilfe. Dadurch, dass in der Heimat investiert wird, zum Beispiel in Immobilien, werden die entsprechenden Regionen unterstützt. Auch wenn Geld aus sozialen Gründen überwiesen wird, stärkt das die Kaufkraft in den Herkunftsregionen.
7. **Wie beurteilen Sie die politische Debatte, die über diese Geldüberweisungen geführt wird?** Zum einen zielt die politische Debatte oft auf Geflüchtete ab, die aber gar nicht über die finanziellen Kapazitäten verfügen, um in großem Maße Auslandsüberweisungen zu tätigen. Insofern ist das eine Scheindebatte. Auf der anderen Seite sehen wir natürlich, dass die Auslandsüberweisungen über die letzten Jahre gestiegen sind. Wie gesagt mittlerweile rund 22 Milliarden Euro jährlich, die aus Deutschland ins Ausland überwiesen werden. Aber dieses Geld kommt in erster Linie von Menschen, die hier auch arbeiten, also von Migrant*innen, die hier bereits heimisch geworden sind. Und das ist ja vollkommen in Ordnung, wenn diese Leute ihr selbstverdientes Geld ins Ausland überweisen und damit auch strukturelle Unterstützung leisten, um dort etwas aufzubauen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



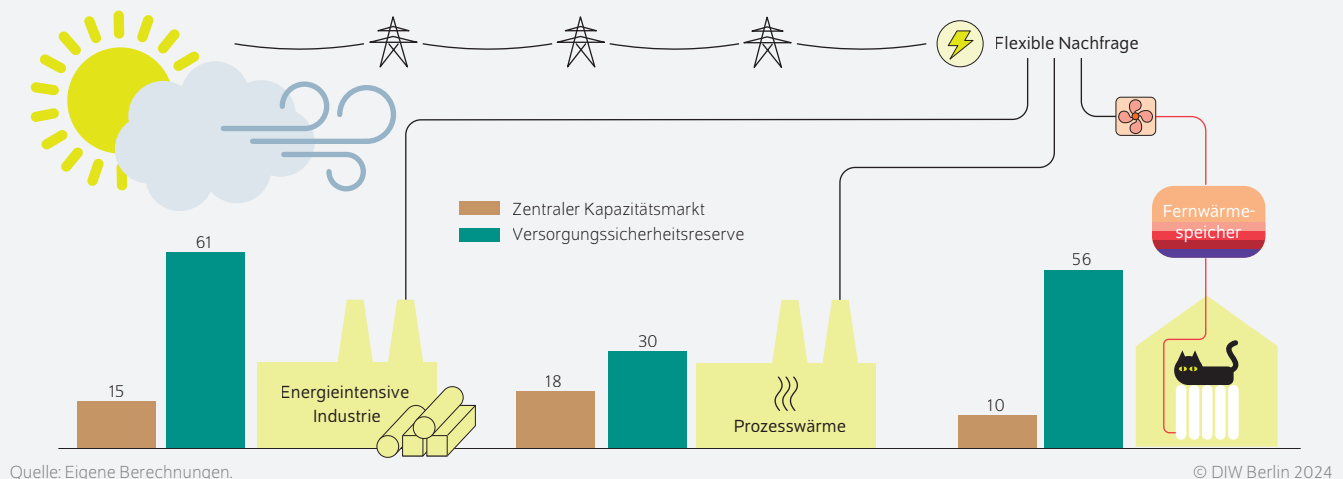
Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Versorgungssicherheitsreserve kann Strommarkt absichern und Flexibilität erschließen

Von Karsten Neuhoﬀ, Claudia Kemfert, Martin Kittel, Franziska Klaucke, Alexander Roth, Wolf-Peter Schill und Leon Stolle

- Steigender Anteil erneuerbarer Energien führt zu stärker schwankender Stromproduktion und erfordert daher mehr Flexibilität auf Nachfrageseite
- Verschiedene Kapazitätsmechanismen werden diskutiert, um die Stromversorgung auch in Extremsituationen zu sichern
- Studie untersucht in Modellrechnungen, wie sich ein zentraler Kapazitätsmarkt und eine Versorgungssicherheitsreserve auf den Strommarkt auswirken
- Zentraler Kapazitätsmarkt begrenzt Anreize für Investitionen in Flexibilitätstechnologien stark
- Versorgungssicherheitsreserve ist schneller umsetzbar, flexibler und fördert nachfrageseitige Flexibilität deutlich stärker als ein zentraler Kapazitätsmarkt

Versorgungssicherheitsreserve führt zu deutlich höherer Nachfrageflexibilität als zentraler Kapazitätsmarkt
Investitionen in verschiedene Typen von Speichern in Gigawattstunden



ZITAT

„Die Versorgungssicherheitsreserve sichert den Strommarkt gegen Extremereignisse ab und stärkt dabei das Investitionsumfeld für die verschiedenen Speicher.“

— Karsten Neuhoﬀ —

MEDIATHEK



Podcast „fossilfrei“ Folge 24 und 25
www.diw.de/mediathek

Versorgungssicherheitsreserve kann Strommarkt absichern und Flexibilität erschließen

Von Karsten Neuhoﬀ, Claudia Kemfert, Martin Kittel, Franziska Klaucke, Alexander Roth, Wolf-Peter Schill und Leon Stolle

ABSTRACT

Mit dem steigenden Anteil der Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie wächst die Bedeutung von Flexibilität auf der Nachfrageseite. Speichertechnologien für Wärme und Zwischenprodukte erlauben es, verstärkt Strom aus Stunden hoher Wind- und Solarproduktion zu nutzen. Zusätzlich dürften auch weiterhin steuerbare Kraftwerkskapazitäten notwendig sein, um sich gegen extreme Wetterlagen, Risiken in globalen Energiemärkten und Unsicherheiten im Transformationsprozess abzusichern. In diesem Kontext sollen Kapazitätsmechanismen die Versorgungssicherheit im Stromsystem gewährleisten. Im Bericht werden verschiedene Typen von Kapazitätsmechanismen vorgestellt. Für zwei dieser Mechanismen, ein zentraler Kapazitätsmarkt und eine Versorgungssicherheitsreserve, werden die Stromsektoreffekte in einer Modellierung untersucht. Die Analyse zeigt: Ein zentraler Kapazitätsmarkt deckelt die Strompreise stark, wodurch Anreize für Investitionen in nachfrageseitige Flexibilitätstechnologien deutlich eingeschränkt werden. Bei vergleichbaren Gesamtkosten für Stromkunden kann eine Versorgungssicherheitsreserve deutlich größere Flexibilitätspotenziale erschließen, was mit wachsenden Anteilen von Wind- und Solarenergie immer wichtiger wird.

Im Jahr 2023 deckten erneuerbare Energien über die Hälfte der Stromnachfrage und bis 2030 sollen es mindestens 80 Prozent sein.¹ Steigende Anteile von Wind- und Solarenergie führen jedoch zu einer immer stärker schwankenden Stromerzeugung,² wodurch Flexibilität auf Erzeugungs- und Nachfrageseite immer wichtiger wird. Diese kann beispielsweise mit flexiblen Kraftwerken, Lastverschiebung in Industrie und Haushalten, Strom- und Wärmespeichertechnologien sowie dem europäischen Stromhandel bereitgestellt werden.³

Die Energiepreiskrise im Jahr 2022 und die steigenden Anteile erneuerbarer Energien haben die Debatte um die Versorgungssicherheit im deutschen Strommarkt neu entfacht. Mit der Einführung eines sogenannten Kapazitätsmechanismus soll sichergestellt werden, dass auch in Extremsituationen jederzeit genügend steuerbare elektrische Leistung zur Verfügung steht. Die konkrete Ausgestaltung eines solchen Mechanismus wird aktuell diskutiert. Wie dies mit nachfrageseitigen Flexibilitätstechnologien zusammenwirkt, wurde jedoch bislang nicht ausreichend analysiert.

In diesem Bericht wird zunächst die Notwendigkeit von Kapazitätsmechanismen in Deutschland erläutert und ein Überblick über verschiedene Arten von Kapazitätsmechanismen gegeben, die derzeit diskutiert werden: dezentrale Kapazitätsmärkte, zentrale Kapazitätsmärkte und eine verpflichtende Absicherung auf Terminmärkten. Hinzu kommt der neue Vorschlag einer weiterentwickelten Versorgungssicherheitsreserve.

¹ Umweltbundesamt (2024): Indikator: Anteil Erneuerbare am Bruttostromverbrauch (online verfügbar; abgerufen am 6. November 2024). Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen dieses Berichts.

² Javier López Prol und Wolf-Peter Schill (2021): The Economics of Variable Renewables and Electricity Storage. Annual Review of Resource Economics 13 (online verfügbar).

³ Peter Lund et al. (2015): Review of energy system flexibility measures to enable high levels of variable renewable electricity. Renewable and Sustainable Reviews 45 (online verfügbar); Wolf-Peter Schill (2020): Electricity storage and the renewable energy transition. Joule 4 (online verfügbar); Alexander Roth und Wolf-Peter Schill (2023): Geographical balancing of wind power decreases storage needs in a 100 % renewable European power sector. iScience 26 (online verfügbar).

Die Auswirkungen eines zentralen Kapazitätsmarkts und der weiterentwickelten Versorgungssicherheitsreserve auf den Strommarkt werden in Modellrechnungen untersucht. Dabei wird angenommen, dass nachfrageseitige Flexibilitätstechnologien von beiden Mechanismen nicht erfasst werden. Dezentrale Kapazitätsmechanismen können im Modell nicht gleichwertig abgebildet werden.⁴

Kapazitätsmechanismen sind notwendig, um Spitzenlasten abzudecken

Nicht erst seit der Energiewende wird diskutiert, ob in liberalisierten Strommärkten Kapazitätsmechanismen für steuerbare Kraftwerksleistung erforderlich sind.⁵ Es ist fraglich, ob ein reiner Energy-Only-Markt, in dem ausschließlich Strommengen (Megawattstunden) gehandelt werden, ausreichend Kraftwerksleistung (Megawatt) bereitstellt, um auch seltene Spitzenlasten abzudecken. Sehr hohe Großhandelspreise wären nötig, um die Investitionskosten von Kraftwerken zu decken, die durchschnittlich in nur wenigen Stunden im Jahr laufen.⁶ Dabei ist die Herausforderung, dass diese Kraftwerke möglicherweise für viele Jahre nicht zum Einsatz kommen, um dann in einem Jahr für einige Stunden benötigt zu werden.

Insbesondere nach der Energiekrise 2022 erscheint es jedoch unwahrscheinlich, dass die Politik sehr hohe Großhandelspreise zulassen würde. Wenn potenzielle Kraftwerksinvestoren jedoch erwarten, dass Spitzenpreise durch regulatorische Markteingriffe gedeckelt werden, beeinträchtigt das die Finanzierbarkeit von Investitionen und somit werden weniger Kraftwerke gebaut (sogenanntes Missing-Money-Problem) und letztlich die Versorgungssicherheit gefährdet. Kapazitätsmechanismen, die die Betreiber von steuerbarer Leistung für vorgehaltene Kapazitäten entlohnen, können hier Abhilfe schaffen.

Zuletzt wurden Kapazitätsmechanismen verstärkt im Kontext der Energiewende diskutiert, also der Transformation des Stromsystems hin zu fluktuierenden erneuerbaren Energien. Um die Klimaziele zu erreichen, werden die erneuerbaren Energien schnell ausgebaut. Gleichzeitig werden durch die sogenannte Sektorenkopplung neue Verbraucher wie Elektroautos, Wärmepumpen und Elektrolyseure in das Stromsystem integriert. Daher wird ein Strommarktdesign gesucht, dass sowohl Versorgungssicherheit verspricht, als auch Anreize für flexible Nachfrage setzt.

Derzeit hat Deutschland einen Energy-Only-Markt 2.0

Der aktuelle deutsche Strommarkt wird auch als Energy-Only-Markt 2.0 bezeichnet,⁷ in dem vor allem Energie gehandelt wird und es keine strukturierten Zahlungen für Erzeugungsleistung oder andere steuerbare Kapazitäten gibt.⁸ Allerdings wird der Strommarkt bereits von verschiedenen Reserven abgesichert (Kasten 1).

Im September 2024 legte die Bundesregierung ein Kraftwerkssicherheitsgesetz zur Konsultation vor.⁹ Es sah vor, insgesamt 13 Gigawatt steuerbare Kraftwerksleistung mit getrennten Tranchen für wasserstofffähige Gaskraftwerke auszuschreiben. Ergänzend wurde ein umfassender Kapazitätsmechanismus vorgeschlagen, der ab 2028 einsatzbereit sein soll. Dazu legte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Juli 2024 ein Optionenpapier zum Strommarktdesign vor.¹⁰

Verschiedene Kapazitätsmechanismen stehen zur Diskussion

In der Europäischen Union und weiteren Ländern gibt es bereits Erfahrungen mit verschiedenen Arten von Kapazitätsmechanismen. Dazu gehören zentrale und dezentrale Kapazitätsmärkte, Kapazitätsreserven sowie die verpflichtende Absicherung von Marktteilnehmern auf Terminmärkten (Tabelle).¹¹

Zentraler Kapazitätsmarkt

In einem zentralen Kapazitätsmarkt ermittelt der Regulierer den Bedarf an steuerbarer Kapazität und schreibt dieses Volumen in Auktionen mit mehrjähriger Vorlaufzeit aus. Akteure mit dem niedrigsten Angebotspreis erhalten Kapazitätsszahlungen und vermarkten ihren Strom parallel am Großhandelsmarkt. Prinzipiell können sowohl existierende als auch neu zu errichtende Kapazitäten in einen Kapazitätsmarkt integriert werden. Durch langfristige Verträge bietet ein zentraler Kapazitätsmarkt hohe Investitionssicherheit.

Eine große Herausforderung dabei ist, dass ein Kapazitätsmarkt durch die erforderliche Produktdefinition bestimmte Technologieoptionen ausschließen kann. Anlagen müssen bestimmte Qualifikationsanforderungen erfüllen. Das kann insbesondere kleinteilige und dezentrale

⁴ Dieser Bericht basiert auf einer ausführlichen Studie, die im Rahmen des DIW-internen Projekts „SichER“ von den beiden Abteilungen Energie, Verkehr, Umwelt sowie Klimapolitik erarbeitet wurde: Karsten Neuhoﬀ et al. (2024): Versorgungssicherheit im Stromsektor: Analyse unterschiedlicher Kapazitätsmechanismen und ihrer Interaktionen mit nachfrageseitigen Flexibilitätspotenzialen. DIW Politikberatung kompakt 202 (online verfügbar).

⁵ In Deutschland wurde der Strommarkt mit der Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes von 1998 liberalisiert. Vorher gab es Gebietsmonopole mit integrierten Versorgern. Diese hatten aufgrund einer kostenbasierten Regulierung einen Anreiz, hohe Kraftwerksleistungen vorzuhalten. Dieser Anreiz entfiel nach der Liberalisierung.

⁶ Paul Joskow und Jean Tirole (2007): Reliability and Competitive Electricity Markets. The RAND Journal of Economics 38 (1), 60–84 (online verfügbar).

⁷ Diese Bezeichnung wurde im sogenannten Weißbuch eingeführt. BMWi (2015): Ein Strommarkt für die Energiewende. Ergebnisrapport des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (Weißbuch) (online verfügbar).

⁸ Von Zahlungen im Bereich des Regenergiemarkts werden hier abgesehen, da dieser primär die sehr kurzfristige Netzstabilität im Fokus hat.

⁹ Meldung des BMWK vom 11. September 2024: Konsultationsverfahren eröffnet: Kraftwerkssicherheitsgesetz (online verfügbar).

¹⁰ BMWK (2024): Strommarktdesign der Zukunft. Optionen für ein sicheres, bezahlbares und nachhaltiges Stromsystem (online verfügbar).

¹¹ ACER (2023): Security of EU electricity supply (online verfügbar); European Commission – DG Competition (2024): Barriers for demand response participation in electricity markets and State aid support (online verfügbar).

Kasten 1

Reserven für den deutschen Strommarkt

In der **Kapazitätsreserve** soll seit 2020 außerhalb des Strommarkts eine Kraftwerkskapazität von zwei Gigawatt vorgehalten werden. Diese Leistung wird per Auktion beschafft, wobei die Auktionen bisher immer deutlich unterzeichnet waren.¹ In der Kapazitätsreserve befinden sich überwiegend Gaskraftwerke, von denen einige bereits in den frühen 1970er Jahren erbaut wurden.² Bisher wurde diese Reserve noch nie aktiviert.

In die **Netzreserve** werden Kraftwerke aufgenommen, die sich im Strommarkt nicht mehr finanzieren können, deren Erzeugungsleistung aber weiterhin zur Vermeidung von Engpässen im Übertragungsnetz notwendig ist.³ Diese sogenannten Redispatch-Maßnahmen dienen der Stabilisierung des Netzes und

sind erforderlich, wenn innerdeutsche Netzengpässe auftreten, die im Großhandelsmarkt strukturell nicht berücksichtigt werden. Das Volumen der Netzreserve beträgt rund sieben Gigawatt.

Die **Sicherheitsbereitschaft** bestand ab 2016 aus Braunkohlekraftwerksblöcken mit einer Gesamtleistung von 2,7 Gigawatt, die stufenweise für jeweils vier Jahre nach ihrem regulären Betrieb in eine Reserve überführt wurden. Während des Höhepunkts der Strompreiskrise im Jahr 2022⁴ wurden fünf dieser Braunkohleblöcke reaktiviert, als durch den Ausfall einer großen Anzahl französischer Kernkraftwerke Stromknappheit drohte.⁵ Mit der endgültigen Stilllegung dieser Kraftwerksblöcke Ende März 2024 endete auch die Sicherheitsbereitschaft.

¹ Aktuell sind es rund 1,2 Gigawatt. Informationen zu den Auktionen gibt es auf der Website Netztransparenz, generelle Informationen zur Kapazitätsreserve auf der Website der Bundesnetzagentur.

² Vergleiche die Kraftwerksliste (Stand 15.04.2024) auf der Website der Bundesnetzagentur.

³ Weitere Informationen hierzu bietet die Website der Bundesnetzagentur.

⁴ Martin Kittel, Alexander Roth und Wolf-Peter Schill (2022): Strommarkt erklärt: Preisbildung, Preiskrise und die „Strompreisbremse“. Ein Beitrag zur aktuellen Debatte über Eingriffe in den Strommarkt. DIW Politikberatung kompakt 184 (online verfügbar).

⁵ Bundesregierung (2023): Reserve für Stromproduktion nutzen (online verfügbar, abgerufen am 4. Oktober 2024).

Nachfrageflexibilität, die meist mit Wärme- oder Produktspeichern einhergeht, sowie Stromspeicher benachteiligen. Für beide Optionen stellt sich beispielsweise die Frage, ob und wie stark ein sogenanntes De-Rating ihrer Leistung vorgenommen werden soll, um ihrer durch die Energiespeicherkapazität begrenzten Einsatzdauer Rechnung zu tragen.¹² Darüber hinaus werden Regulierungsbehörden den Versorgungssicherheitsbeitrag von nachfrageseitiger Flexibilität voraussichtlich nur auf Basis bereits vergangener positiver Erfahrungen anrechnen. Da viele dieser Technologien bisher noch kaum am Markt etabliert sind, besteht daher das Risiko, dass sie in einem Kapazitätsmarkt langfristig benachteiligt werden.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass Kapazitätzahlungen an steuerbare Leistung allein noch keine Versorgungssicherheit schaffen.¹³ Um zu erreichen, dass alle Kapazitäten in den Spitzenlaststunden auch tatsächlich in Betrieb sind, können Kraftwerke mit einer Strafzahlung für

Nichtproduktion belegt werden (sogenannte Pönale).¹⁴ Ist diese zu niedrig gewählt, wirkt sie nicht. Ist sie zu hoch, führt sie zu übermäßigen finanziellen Risiken für Marktteilnehmer beim Ausfall ihrer Anlage. Alternativ zu einer Strafzahlung können Stromerzeuger zur Rückzahlung der Differenz von Marktpreis und einem definierten Auslösepreises verpflichtet werden.¹⁵

Dezentraler Kapazitätsmarkt

Beim dezentralen Kapazitätsmarkt müssen Stromversorger im Nachhinein mit sogenannten Kapazitätzertifikaten nachweisen, dass sie jederzeit genügend steuerbare Leistung vorgehalten haben, um ihre Spitzenlasten zu decken. Kraftwerksbetreiber und andere Anbieter von steuerbarer Leistung können hierzu ihre Kapazität zertifizieren lassen und dann an Stromversorger verkaufen. Diese können durch die Reduktion von Spitzenlasten bei ihren Kund*innen den Bedarf an Kapazitätzertifikaten verringern. So entstehen Anreize zur Flexibilisierung der Nachfrage.

Obwohl dezentrale Kapazitätsmärkte als technologie- und innovationsoffener gelten als zentrale, benötigen sie dennoch auch eine klare Definition der steuerbaren Leistung. Eine solche könnte den Aufbau neuer flexibler Optionen hemmen. Damit einher geht ein Kontrollaufwand, da die

¹² Beim De-Rating im Kapazitätsmarkt wird die maximale Leistung einer Kapazität aufgrund von Einschränkungen wie einer begrenzten Einsatzdauer oder Verfügbarkeit bewertet. Dies bedeutet, dass die tatsächliche Leistung einer Kapazität, etwa eines Speichers, unter Stressbedingungen bewertet und entsprechend herabgestuft wird, um die tatsächliche Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit zu reflektieren. ConsenTec GmbH (2024): Ausarbeitung eines Kapazitätsmechanismus für den deutschen Strommarkt (online verfügbar); Christoph Fraunholz, Dogan Keles und Wolf Fichtner (2021): On the role of electricity storage in capacity remuneration mechanisms. Energy Policy 149 (online verfügbar).

¹³ So hat sich zum Beispiel gezeigt, dass während des Polarwinters 2014, einer extremen Kälteperiode in Nordamerika, viele Kraftwerke, die zuvor Kapazitätzahlungen bezogen hatten, unzureichend gewartet waren oder nicht genügend Brennstoffe vorgehalten oder diese nicht vertraglich abgesichert hatten. Vergleiche dazu Informationen auf der Website der US-amerikanischen Energy Information Administration.

¹⁴ Paolo Mastropietro et al. (2016): Reliability options: Regulatory recommendations for the next generation of capacity remuneration mechanisms. Energy Policy 185 (online verfügbar).

¹⁵ Peter Cramton, Axel Ockenfels und Steven Stoft (2013): Capacity market fundamentals. Economics of Energy & Environmental Policy 2 (online verfügbar); Pradyumna Bhagwat und Leonardo Meeus (2019): Reliability options: can they deliver on their promises? The Electricity Journal 35 (online verfügbar).

Tabelle

Unterschiedliche Kapazitätsmechanismen im Vergleich

	Dezentraler Kapazitätsmarkt	Zentraler Kapazitätsmarkt	Versorgungssicherheitsreserve	Verpflichtende Terminmärkte
Zugelassene Teilnehmer	Gesicherte Leistung innerhalb des Strommarkts	Gesicherte Leistung innerhalb des Strommarkts	Kraftwerke außerhalb des Strommarkts	Gesicherte Leistung innerhalb des Strommarkts
Kapazitätsplanung	Wird dezentral von Marktteilnehmern bestimmt	Gesamtkapazität im System wird zentral vom Regulierer festgelegt	Regulierer legt Größe der Reserve fest	Ungeklärt; vermutlich nur ex-post überprüfbar
Beschaffung	Bilaterale Verträge	Zentrale Auktionen	Zentrale Auktionen	Bilaterale Verträge
Erlöse der geförderten Kapazität	Erlöse für Kapazitätssertifikate zusätzlich zu Strommarkterlösen	Kapazitätsszahlungen zusätzlich zu Strommarkterlösen	Zahlung für Vorhaltung und Abruf für Kraftwerke in Reserve	Erlöse aus Terminmarkt (ggf. höher als Strommarkterlöse)
Steuerungsgrößen für Politik	Pönalen, Sicherheitsleistungen, Auslösungspreis, De-Rating Faktor je Technologie	Volumen, Pönalen, Vorlaufzeiten, Vertragslaufzeiten, Absicherungen, De-Rating Faktor je Technologie	Volumen, Auslösepreis	Ungeklärt; vermutlich Definition von standardisierten Terminprodukten
Erforderliche Vorlaufzeit	Eher hoch	Mittel bis hoch	Gering, Aufbau auf bestehendes System	Ungeklärt
Räumliche Differenzierung	Komplex umsetzbar	Möglich	Möglich	Komplex/ungeklärt
Einsatz in	Frankreich	Irland, Belgien, Italien, Polen	Deutschland, Finnland, Schweden ¹	–

1 Auslösekriterien variieren zwischen den Ländern.

Quellen: Eigene Zusammenstellung.

© DIW Berlin 2024

Einhaltung der Anforderungen an Kapazitätssertifikate sowohl bei der Vergabe als auch laufend bei der Kapazitätssvorhaltung überprüft werden.

Da Stromkund*innen ihre Anbieter wechseln, können Versorgungsunternehmen ihren Strombedarf langfristig nicht sicher vorhersagen. Deswegen müssen Energieversorger in dezentralen Kapazitätsmärkten erst rückblickend nachweisen, dass ihre Spitzennachfrage abgesichert war. Damit entsteht möglicherweise keine langfristige Nachfrage nach steuerbarer Leistung und Kapazitätssertifikate werden tendenziell für kürzere Zeiträume als Energieprodukte liquide gehandelt (in Deutschland drei Jahre). Diese Wirkung wird durch die Festsetzung einer Strafzahlungen für Nichterfüllung nur indirekt beeinflusst und kann damit auch nur sehr ungenau gesteuert werden.

Zusätzlich entstehen Investitionsrisiken, da die Regeln jederzeit angepasst werden können.¹⁶ Sie können etwa das Angebot im Kapazitätsmarkt durch Anpassung des nominellen Kapazitätsbeitrags eines Kraftwerkstyps erhöhen. Daher ist unklar, wie hoch die Anreize für Investitionen in langlebige Erzeugungs- oder Speicheranlagen in einem dezentralen Kapazitätsmarkt sind. Weitere Herausforderungen sind die Absicherung der Nachfrageseite gegen hohe Stromkosten für Verbraucher und die regionale Steuerung von Kapazitäten bei Netzengpässen.

Mit Ausnahme von Frankreich gibt es aktuell kaum dezentrale Kapazitätsmärkte. Dort dominiert allerdings das staatliche Unternehmen Électricité de France den Markt, das faktisch gegen regulatorische Unsicherheiten abgesichert ist.

Verpflichtende Absicherung auf Terminmärkten

Stromversorger betreiben bereits heute Risikomanagement, um ihren Strombezug abzusichern. Dieses freiwillige Risikomanagement allein garantiert nicht genügend Kapazitäten für die Versorgungssicherheit. Deswegen wird ein Kapazitätsmechanismus diskutiert, bei dem Versorger ihren Strombezug im Voraus verpflichtend absichern müssen.¹⁷ Diese Pflicht müsste die bisherige Absicherung deutlich übertreffen, um Investitionen in steuerbare Leistungen zu fördern.

Deutlich erhöhte Absicherungsvolumen liegen jedoch nicht im Eigeninteresse der Stromversorger, da dabei die Preise für die Absicherungsprodukte steigen und die Knappheit sowie der spätere Wert der Absicherung sinken. Deswegen müsste man eine Absicherungspflicht streng kontrollieren. Allerdings ist der langfristige Strombedarf eines Versorgers schwer vorherzusagen, da Kund*innen wechseln können. Zudem wird die Gesamtwirkung der Absicherungen, die ein Versorger getroffen hat, mit zunehmender Anzahl und Komplexität bilateraler Verträge immer schwerer nachvollziehbar.

Für eine effektive Kontrolle müssten standardisierte Absicherungsprodukte definiert und andere Vertragsstrukturen verboten werden. Ähnlich dem dezentralen Kapazitätsmarkt müsste man eine Bezugsgröße für die abzusichernde Strommenge eines Versorgers festlegen, was die bereits dort aufgeführten Probleme aufwirft. Dies könnte die konkrete Umsetzung einer Absicherungspflicht auf einen nachträglichen Nachweis beschränken. Wie beim dezentralen Kapazitätsmarkt diskutiert, ist es somit unklar, ob ausreichende Investition zu erwarten sind.

¹⁶ Prinzipiell können auch bei einem zentralen Kapazitätsmarkt oder einer Versorgungssicherheitsreserve die Regeln verändert werden. Das hat aber weniger oder keine Auswirkungen auf Investitionsentscheidungen, wenn bei Kapazitätsszuschlägen langfristige Verträge vergeben werden.

¹⁷ Connect Energy Economics (2024): Die Ordnung der Transformation – Versorgungssicherheit im Strommarkt (online verfügbar); Veronika Grimm und Axel Ockenfels (2024): Wie der Strommarkt noch zu retten ist. FAZ vom 9. Oktober (online verfügbar).

Kasten 2

Analysen mit dem Stromsektormodell DIETER

Das „Dispatch and Investment Evaluation Tool with Endogenous Renewables“ (DIETER) ist ein quelloffenes Stromsektormodell, das die Gesamtkosten des Stromsektors sowie für Flexibilitäts- und Sektorenkopplungstechnologien minimiert. Es modelliert alle Stunden eines Jahres, um die Fluktuationen erneuerbarer Energien realistisch abzubilden. Die Ergebnisse umfassen Stromsektorkosten, optimale Kapazitäten verschiedener Technologien und deren stündlichen Einsatz. DIETER wird seit über zehn Jahren am DIW Berlin entwickelt und wurde bereits in zahlreichen wissenschaftlichen Studien genutzt.

Die Modellergebnisse können als Resultat eines vollkommenen Markts mit perfektem Wettbewerb interpretierbar werden. Haupteingangsdaten umfassen Zeitreihen zur Nachfrage und Verfügbarkeit erneuerbarer Energien sowie technische und Kostenparameter für verschiedene Stromerzeugungs- und Speichertechnologien.

In dieser Analyse liegt der Fokus auf dem deutschen Stromsektor ohne Stromaustausch mit Nachbarländern und ohne Modellierung des Stromnetzes innerhalb Deutschlands. Das Wetterjahr 2010 dient zur Optimierung des Kraftwerksparks. Diese Kapazitäten werden dann in weiteren Wetterjahren (2009 bis 2014) getestet.

Die Kapazitäten für Windkraft, Photovoltaik, Wasserkraft und Bioenergie werden exogen gesetzt, während Kapazitäten für Gaskraftwerke, Speicher und Flexibilitätsoptionen endogen bestimmt werden. Technologien wie Elektromobilität und dezentrale Wärmepumpen sind Teil der preisunelastischen Nachfrage, während Wärmenetze mit Großwärmepumpen explizit modelliert sind.

Der Modellcode und alle Inputdaten sind quelloffen verfügbar.¹

¹ GitLab (online verfügbar).

Weiterentwickelte Versorgungssicherheitsreserve ist eine mögliche Alternative

Eine weiterentwickelte Versorgungssicherheitsreserve könnte eine Alternative zu den bisher in Deutschland diskutierten Kapazitätsmechanismen sein. Sie baut auf der bestehenden Kapazitätsreserve auf (Kasten 1). In ihr werden Kraftwerke vorgehalten, die nur dann Strom produzieren, wenn der Strompreis auf einen festgelegten, moderat hohen Wert steigt. Dann wird der Strom dieser Kraftwerke zum Auslösepreis am Markt angeboten. Ein Regulierer bestimmt die erforderliche Größe der Reserve und beschafft die Kapazitäten in Auktionen. Die Kosten für Investitionen und Instandhaltung tragen alle Stromkund*innen wie bei den anderen Kapazitätsmechanismen.

Im Gegensatz zu anderen Kapazitätsmechanismen nehmen die steuerbaren Kraftwerke in der Reserve nicht am normalen Großhandelsmarkt für Strom teil. Somit wirken sie sich in Zeiten, in denen der Großhandelspreis unterhalb des Auslösepreises liegt, nicht direkt auf die Preisbildung im Strommarkt aus. Die Versorgungssicherheitsreserve hat den Vorteil, dass sie schnell umgesetzt werden kann und einen geringen administrativen Aufwand erfordert. Insbesondere kann auf bereits existierende Prozesse zur Beschaffung und Management von Reservekapazitäten zurückgegriffen werden.

In der Umsetzung ist der Auslösepreis ein wichtiger Faktor

Ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung der Versorgungssicherheitsreserve ist der Auslösepreis. Er sollte niedrig genug sein, um soziale und wirtschaftliche Verwerfungen zu vermeiden. Auch sollten die Ineffizienzen geringgehalten werden, die sich ergeben, wenn Kraftwerke in der Reserve nicht zum Einsatz kommen, während der Marktpreis oberhalb ihrer variablen Kosten liegt. Zugleich sollte der Auslösepreis hoch genug liegen, um im Strommarkt ausreichende Anreize für Investitionen in alle Erzeugungs- und Flexibilitätstechnologien zu schaffen.

Um eine Balance zwischen regulatorischer Glaubwürdigkeit und ausreichenden Anreizen für Investitionen im Strommarkt zu schaffen, erscheint ein Auslösepreis von etwa 500 Euro pro Megawattstunden plausibel.¹⁸

Reserve hat Vorteile bei Investitionen in Flexibilität

Die Versorgungssicherheitsreserve erfordert eine ähnliche Produktdefinition wie ein zentraler Kapazitätsmarkt hinsichtlich Ausschreibungsfrequenz, Vorlaufzeit, Produktdefinition, Pönalen oder De-Ratingfaktoren.¹⁹ Daher ist es unwahrscheinlich, dass Anlagen wie kleinteilige nachfragegesitige Flexibilitätsoptionen und Speicher in der Reserve erfasst werden. Dies ist jedoch auch gar nicht erforderlich beziehungsweise gar nicht erwünscht, da diese Technologien stattdessen im Strommarkt aktiv sein können. Ihnen kommt zugute, dass die Strommarktpreise in einem von einer Versorgungssicherheitsreserve abgesicherten Strommarkt deutlich stärker schwanken und zeitweise auf den Auslösepreis steigen, was entsprechende Investitionen ermöglicht.

Modellrechnungen illustrieren Aktivierung von Nachfrageflexibilität durch Versorgungssicherheitsreserve

Das quelloffene Stromsektormodell DIETER des DIW Berlin veranschaulicht die Unterschiede zwischen einem zentralen Kapazitätsmarkt und der Versorgungssicherheitsreserve (Kasten 2). Dezentrale Mechanismen können mit

¹⁸ Beim Auslösepreis von 500 Euro pro Megawattstunde handelt es sich um eine erste Abschätzung.

¹⁹ ACER (2023): Demand response and other distributed energy resources: what barriers are holding them back (online verfügbar).

dem hier verwendeten Modell nicht sinnvoll abgebildet werden. Somit kann auch das von der Monopolkommission sowie dem Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagene Hybridmodell eines kombinierten zentralen und dezentralen Kapazitätsmarkts hier nicht quantitativ untersucht werden.²⁰ Es werden daher zwei Szenarien des deutschen Stromsektors im Jahr 2030 verglichen: ein zentraler Kapazitätsmarkt mit 105 Gigawatt gesicherter Kraftwerksleistung sowie eine Versorgungssicherheitsreserve, die bei 500 Euro pro Megawattstunde aktiviert wird.²¹

Reserve ist groß, wird aber selten abgerufen

In der Modellierung ergibt sich eine Größe der Kapazitätsreserve von gut 31 Gigawatt. Sie kommt nur wenige Stunden im Jahr zum Einsatz (Abbildung 1). Je nach Wetterjahr läuft sie zehn bis 45 Stunden und nur sehr selten ist sie dabei mehr als zur Hälfte ausgelastet. In weniger als fünf Stunden über alle Wetterjahre hinweg ist sie zu mehr als 60 Prozent ausgelastet.

Die richtige Dimensionierung stellt sowohl bei der Versorgungssicherheitsreserve als auch bei einem zentralen Kapazitätsmarkt eine große Herausforderung dar. Die Reserve hat jedoch den Vorteil, dass Anpassungen ihrer Größe die Preisbildung im Strommarkt nicht beeinflussen. Das kann den Markt vor regulatorischen Unsicherheiten schützen und die Investitionsbedingungen verbessern.

Sowohl ein zentraler Kapazitätsmarkt als auch eine Versorgungssicherheitsreserve sichern die Stromnachfrage in allen modellierten Wetterjahren. Dabei wurde angenommen, dass sowohl im Kapazitätsmarkt als auch in der Reserve kostengünstige Gasturbinen (OCGT) neu gebaut werden, wobei in der Praxis auch bestehende Anlagen in die Reserve einfließen könnten. Im Strommarkt kann in verschiedene Flexibilitätstechnologien investiert werden (Kasten 3).

Kapazitätsmarkt kappt Preise im Strommarkt

Die Versorgungssicherheitsreserve greift nur bei hohen Strompreisen, während die durch einen Kapazitätsmarkt geförderten Kraftwerke stets verfügbar sind. Dies spiegelt sich in unterschiedlichen Strommarktpreisen wider (Abbildung 2). Meistens zeigen sich keine großen Unterschiede zwischen den verschiedenen Politikoptionen, doch an drei bis sieben Tagen im Jahr unterscheiden sich die Preise stark. Im Kapazitätsmarkt begrenzen die variablen Kosten der Gaskraftwerke (rund 130 Euro pro Megawattstunde) den Großhandelspreis, was Investitionen in Flexibilitätstechnologien unattraktiv macht, da diese höhere Preisspitzen zur Refinanzierung benötigen. Dem liegt die oben erwähnte Annahme zugrunde, dass nachfrageseitige Flexibilitätstechnologien

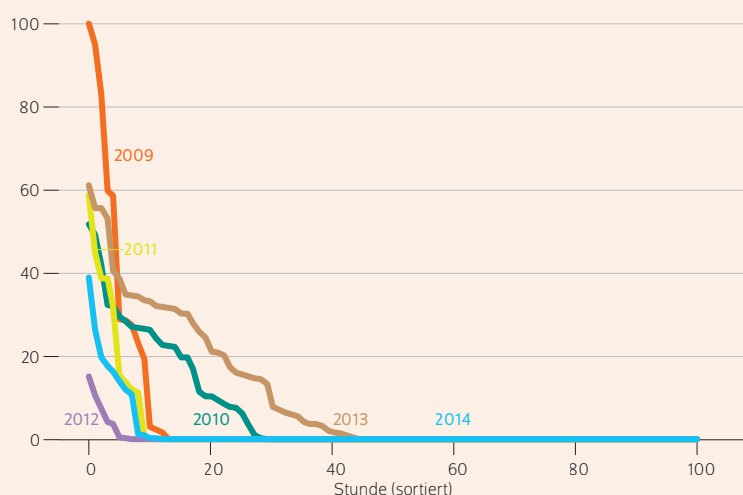
²⁰ Monopolkommission (2023): Energie 2023: Mit Wettbewerb aus der Energiekrise. 9. Sektorgutachten (online verfügbar).

²¹ Bei anderen Analysen mit dem Modell DIETER wird oft der europäische Stromverbund modelliert. Beispielsweise wurde kürzlich der Effekt des europäischen Stromaustauschs auf dem Speicherbedarf untersucht. Roth und Schill (2023), a. a. O.

Abbildung 1

Einsatzstunden der Versorgungssicherheitsreserve in unterschiedlichen Wetterjahren

In Prozent der maximalen Leistung



Quellen: Eigene Berechnungen.

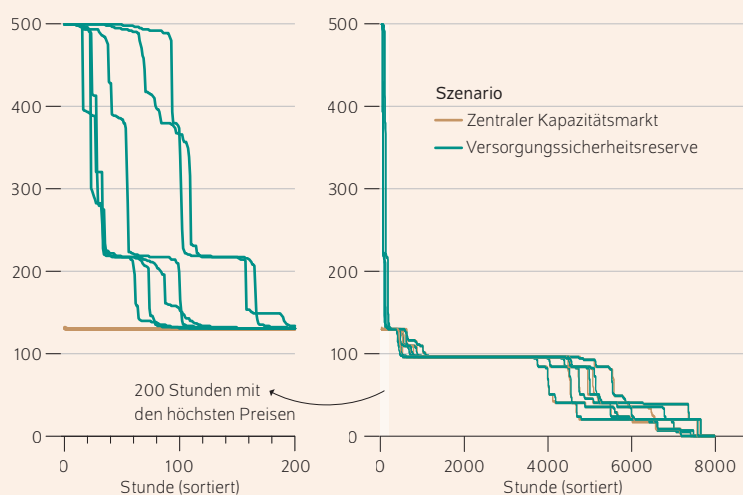
© DIW Berlin 2024

Je nach Wetterjahr kommt die Versorgungssicherheitsreserve nur in zehn bis 45 Stunden zum Einsatz.

Abbildung 2

Strompreise bei einem Kapazitätsmarkt und bei einer Versorgungssicherheitsreserve in unterschiedlichen Wetterjahren

In Euro pro Megawattstunde



Anmerkungen: Es handelt sich um Strompreise auf dem Großhandelsmarkt.

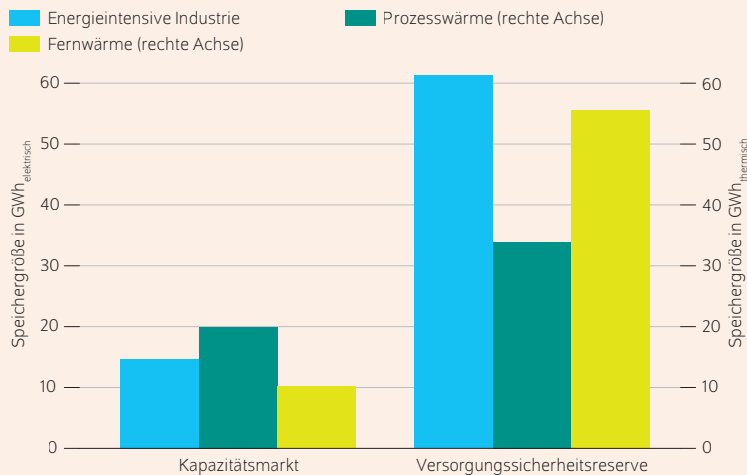
Quellen: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

An drei bis sieben Tagen im Jahr unterscheiden sich die Strompreise je nach Szenario stark.

Abbildung 3

Investitionen in Speicher für flexible Nachfrage In Gigawattstunden



Anmerkung: Bei der energieintensiven Industrie bezieht sich die dargestellte Speichergöße auf elektrische Energie, bei der Prozess- und Fernwärme auf thermische Energie.

Quellen: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

Bei der Versorgungssicherheitsreserve wird deutlich mehr in verschiedene Typen von Speichern investiert als beim zentralen Kapazitätsmarkt.

nicht am Kapazitätsmarkt teilnehmen können und dementsprechend auch keine Kapazitätzahlungen erhalten.

Im Gegensatz dazu steigen bei der Versorgungssicherheitsreserve die Preise in manchen Stunden auf bis zu 500 Euro pro Megawattstunde, was Investitionen in Flexibilitätsoptionen ermöglicht. Die Reduktion der Großhandelspreise durch den zentralen Kapazitätsmarkt wird durch die Kosten für Kapazitätzahlungen, die auf Stromkund*innen umgelegt werden, wieder ausgeglichen.

Versorgungssicherheitsreserve führt zu stärkerer Nutzung von Nachfrageflexibilität

Ein zentraler Kapazitätsmarkt schränkt die Entwicklung von Flexibilität bei Nachfrage und Speicherung ein (Abbildung 3). Das liegt einerseits daran, dass diese Flexibilitäten nicht am Kapazitätsmarkt teilnehmen können. Andererseits mindert die geringe Schwankung der Großhandelspreise die Erlösmöglichkeiten für Flexibilität im Strommarkt.

Eine Versorgungssicherheitsreserve hingegen soll nachfrageseitige Flexibilitätsoptionen gar nicht aufnehmen. Stattdessen stärkt sie den Strommarkt und damit die Anreize für Erschließung und Nutzung von Flexibilität über stärker schwankende Strommarktpreise mit Preisspitzen von 500 Euro pro Megawattstunde. Die Modellierung zeigt, dass hier fast viermal so viel in Speicher für flexible Nachfrage in der energieintensiven Industrie investiert wird wie bei einem zentralen Kapazitätsmarkt. Auch bei der flexiblen

Prozesswärme verdoppelt sich das Investitionsvolumen, und bei Fernwärmespeichern steigen die Investitionen auf mehr als das Fünffache. Dies ermöglicht es, stromintensive Nachfrage in Industrie und Wärme zeitlich stärker zu verschieben.

Vergleichbare Stromkosten bei beiden Optionen

Die Versorgungssicherheitsreserve und der zentrale Kapazitätsmarkt führen in den Berechnungen zu vergleichbaren gesamten Stromkosten (Abbildung 4). Im Kapazitätsmarkt sind die Umlagekosten höher, da alle Kraftwerke Zahlungen erhalten, um ihre Fixkosten zu decken. Bei der Reserve werden nur die dort vorgehaltenen und eingesetzten Kraftwerke bezahlt. Hingegen sind die durchschnittlichen Marktpreise bei der Reserve höher, da sie – gewollt – erst bei höheren Marktpreisen zum Einsatz kommt.

Da Preisbestandteile wie Netzentgelte nicht einbezogen sind und das absolute Preisniveau von Annahmen wie den Brennstoffpreisen abhängt, sind die Preise nicht als Prognose für 2030 zu verstehen.

Fazit: Versorgungssicherheitsreserve kann bessere Alternative zu einem zentralen Kapazitätsmarkt sein

Um die Versorgung in Zeiten geopolitischer Unwägbarkeiten, beschleunigter Energiewende und Wetterunsicherheiten zu sichern, ist ein Kapazitätsmechanismus notwendig. Es sollte sichergestellt werden, dass dieser nicht diverse Speichertechnologien und Nachfrageflexibilitäten diskriminiert. Die derzeit diskutierten Kapazitätsmechanismen werfen in dieser Hinsicht Fragen auf.

Dezentrale Mechanismen geben zwar theoretisch Anreize zur Aktivierung von Nachfrageflexibilität und Speicher; doch werfen praktische Argumente sowie die Umsetzung in Frankreich die Frage auf, ob sie ausreichende Investitionsrahmenbedingungen für steuerbare Leistung und insbesondere Nachfrageflexibilität schaffen. Ein zentraler Kapazitätsmarkt wäre dagegen einfacher umzusetzen, droht jedoch Flexibilitätstechnologien zu hemmen.

Eine Alternative ist die Weiterentwicklung der bestehenden Reserven zu einer Versorgungssicherheitsreserve mit definiertem Auslösepreis. Modellrechnungen, bei denen angenommen wurde, dass nachfrageseitige Flexibilitätsoptionen nicht im Kapazitätsmechanismus erfasst sind, sondern sich ausschließlich im Großhandelsmarkt refinanzieren, zeigen, dass eine Versorgungssicherheitsreserve im Vergleich zu einem zentralen Kapazitätsmarkt die Nachfrageflexibilität deutlich stärker erschließen kann. Die Reserve bietet weitere Vorteile: Sie lässt sich schnell umsetzen, da es bereits viel Erfahrung mit Ausschreibung und Betrieb bestehender Reserven in Deutschland gibt. Sie erscheint auch deutlich anpassungsfähiger als ein zentraler Kapazitätsmarkt.

Die Untersuchung legt nahe, dass eine Versorgungssicherheitsreserve die bessere Alternative zu einem zentralen

Kasten 3

Vorteile nachfrageseitiger Flexibilität im Strommarkt

Nachfrageseitige Flexibilität ermöglicht die Verlagerung des Energieverbrauchs aus Zeiten mit geringer erneuerbarer Stromerzeugung in Zeiten mit hoher Erzeugung. Das reduziert Stromkosten der jeweiligen Verbraucher*innen sowie Umwelt- und Kostenrisiken entsprechender Brennstoffe, mit denen andernfalls der Strombedarf in Zeiten geringer Wind- und Solarproduktion gedeckt würde.¹ Auch der Ausbaubedarf der Netzinfrastruktur kann so reduziert werden.² Das Modell berücksichtigt drei Kategorien nachfrageseitiger Flexibilität: in der energieintensiven Industrie, der Prozesswärme und im Bereich der Fernwärme. Die Nutzung dieser Flexibilität erfordert Investitionen in Produkt- oder Wärmespeicher und verursacht variable Abrufkosten. Alle Inputdaten stehen in einem öffentlichen Repositorium zur Verfügung.³

- 1 Hessam Golmohamadi (2022): Demand-side management in industrial sectors: A review of heavy industries. *Review and Sustainable Energy Reviews* 156 (online verfügbar).
- 2 Jin-Ho Kim und Anastasia Shcherbakova (2011): Common failures of demand response. *Energy* 36 (online verfügbar).
- 3 GitLab (online verfügbar).

Kapazitätsmarkt sein dürfte. Zum einen garantiert sie die Stromproduktion auch bei geringer Erzeugung aus erneuerbaren Energien. Zum anderen werden starke Anstiege der Großhandelspreise vermieden, ohne die Anreize zum Ausbau der Nachfrageflexibilität im Strommarkt zu stark zu begrenzen. Dadurch entsteht ein Marktumfeld, das Flexibilitätstechnologien fördert.

Die konkrete Ausgestaltung und die Wirkung einer Versorgungssicherheitsreserve sollten weiter untersucht werden.

Karsten Neuhoff ist Leiter der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin | kneuhoff@diw.de

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | ckemfert@diw.de

Martin Kittel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | mkittel@diw.de

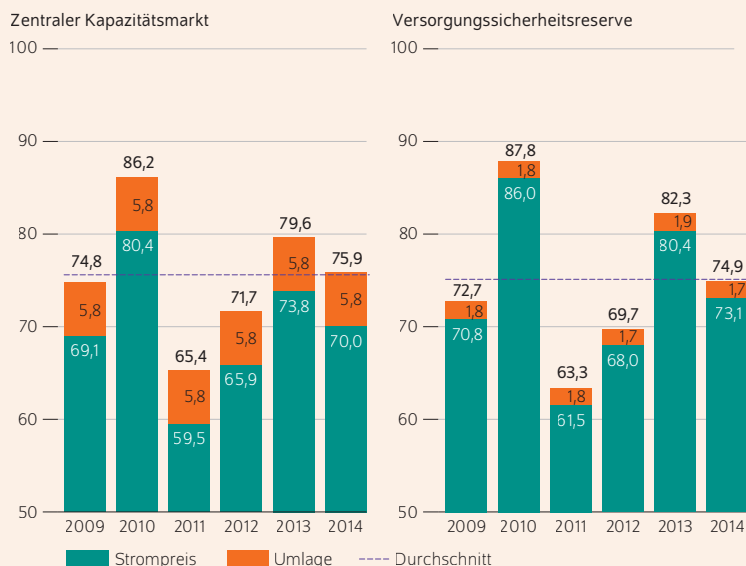
Franziska Klaucke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin | fklaucke@diw.de

JEL: Q41, Q42, Q48

Keywords: capacity mechanisms, capacity markets, capacity reserve, security of supply, market design

Abbildung 4

Strompreise und Umlagen in unterschiedlichen Wetterjahren In Euro pro Megawattstunde



Anmerkungen: Es handelt sich um Preise auf dem Großhandelsmarkt.

Quellen: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2024

Die Versorgungssicherheitsreserve und der zentrale Kapazitätsmarkt führen zu vergleichbaren gesamten Stromkosten.

Dazu gehören detailliertere Analysen zur Parametrierung und zu einer europäischen Koordination.²²

- 22 Karsten Neuhoff et al. (2016): A coordinated strategic reserve to safeguard the European energy transition. *Utilities Policy* 41 (online verfügbar).

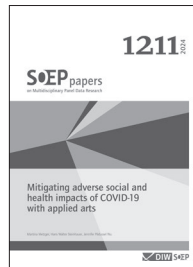
Alexander Roth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | aroeth@diw.de

Wolf-Peter Schill ist Leiter des Forschungsbereichs Transformation der Energiewirtschaft in der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin | wpschill@diw.de

Leon Stolle ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Klimapolitik im DIW Berlin | lstolle@diw.de

SOEP Papers Nr. 1211

2024 | Martina Metzger, Hans Walter Steinhauer, Jennifer Pédussel Wu



Mitigating Adverse Social and Health Impacts of COVID-19 with Applied Arts

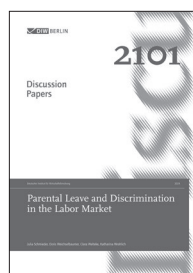
In this project, we analyze whether the arts can mitigate negative impacts of social distancing and isolation on mental health and wellbeing, ease the burden of closed day-care and school facilities on families, and preserve attitudes of solidarity and trust. Using the SOEP-CoV questionnaire, we examine whether experience with music enabled individuals and households to handle social isolation and distancing rules and requirements better than their peers without this artistic experience. Research has shown that persistent shocks on income have a significant impact on happiness and hence on social and health well-being, thus, we explore the importance of music in this context. Using discrete choice econometric estimation techniques, this paper finds that music does indeed mitigate the negative impact of prolonged social distancing proxied for by life satisfaction. In addition, musical practice leads to feelings of less social isolation during this period.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2101

2024 | Julia Schmieder, Doris Weichselbaumer, Clara Welteke, Katharina Wrohlich



Parental Leave and Discrimination in the Labor Market

Promoting fathers to take parental leave is seen as a promising way to advance gender equality. However, there is still a very limited understanding of its impact on fathers' labor market outcomes. We conducted a correspondence study to analyze whether fathers who take parental leave face discrimination during the hiring process in three different occupations. Fathers who took parental leave in a female-dominated or gender-neutral occupation are not less likely to be invited to a job interview compared to fathers who did not take leave. However, in the male-dominated occupation, fathers who have taken long parental leave are penalized. Regardless of leave-taking, fathers are treated less favorably than mothers in the female-dominated and the gender-neutral occupation, while the opposite is true for the male-dominated occupation. This suggests the presence of strong gender norms concerning the perception of ideal employees in different occupations.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1213

2024 | Edoardo Ciscato, Marion Goussé



Matching on Gender and Sexual Orientation

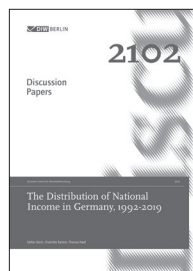
We study the mating patterns of non-heterosexual individuals, who represent a significant and increasing portion of the population, particularly among the youth. We estimate a multidimensional matching model of the marriage market where partner's gender is endogenously chosen conditional on the agent's sexual orientation, and is subject to trade-offs that depend on both the agents' preferences and the pool of potential partners. We show that same-sex couples experience lower gains from live-in relationships, a "same-sex penalty". Absent this penalty, the share of same-sex couples in the U.S. would increase by about 50% (from 1.36% to 2.05% of all couples).

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2102

2024 | Stefan Bach, Charlotte Bartels, Theresa Neef



The Distribution of National Income in Germany, 1992-2019

This paper analyzes the distribution and composition of pre-tax national income in Germany since 1992, combining personal income tax returns, household survey data, and national accounts. Inequality rose from the 1990s to the late 2000s due to falling labor incomes among the bottom 50% and rising incomes in the top 10%. This trend reversed after 2007 as labor incomes across the bottom 90% increased. The top 1% income share, dominated by business income, remained relatively stable between 1992 and 2019. A large share of Germany's top 1% earners are non-corporate business owners in laborintensive professions. At least half of the business owners in P99-99.9 and a quarter in the top 0.1%

operate firms in professional services – a pattern mirroring the United States. From 1992 to 2019, Germany's top 0.1% income concentration exceeded France's and matched U.S. levels until the late 2000s.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





MARCEL FRATZSCHER

Der Kuchen muss vielleicht gar nicht kleiner werden

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Die Hoffnung, dass die neue Bundesregierung die großen Probleme endlich löst, ist naiv. Vier grundlegende Konfliktlinien zwischen den Parteien im Bundestag spiegeln die Spaltung der Gesellschaft wider und werden wohl auch unter einer neuen Regierung – unabhängig von der Koalition – bestehen bleiben und sich womöglich sogar verschärfen.

Der erste Konflikt dreht sich um Identität und die Frage, ob und in welchem Ausmaß wir eine offene Gesellschaft sein wollen, die Vielfalt, Toleranz und Solidarität wertschätzt. Dieser Konflikt zeigt sich besonders stark beim Thema Migration. Angesichts der Tatsache, dass heute jeder vierte Mensch in Deutschland eine Migrationsgeschichte hat, wirkt dieser Konflikt befremdlich. Die Vielfalt erleichtert es jedoch populistischen Kräften, Gruppen gegeneinander auszuspielen und daraus politische Macht zu schöpfen. In der Ampel-Regierung bestand in vielen dieser Fragen Einigkeit. Unter einer neuen Bundesregierung dürfte sich jedoch die Konfliktlinie um die offene Gesellschaft verschärfen. Die Union verfolgt inzwischen einen migrationskritischen Kurs. Auch in anderen Bereichen wie der Gleichstellung und dem Schutz von Minderheitenrechten vertritt die Union stark konservative Positionen.

Der zweite grundlegende Konflikt betrifft die Rolle des Staates. Das Vertrauen in den Staat und seine Institutionen ist in den letzten zwanzig Jahren stark erodiert. Die Union, vor allem FDP und AfD, nutzen dies für ihre Politik. Ein Beispiel ist die kategorische Ablehnung jeglicher Steuererhöhungen durch diese Parteien und dem Festhalten an einer strikten Schuldenbremse. Auch in der Wirtschafts- und Industriepolitik werden die unterschiedlichen Staatsphilosophien unter einer neuen Bundesregierung fortbestehen.

Die dritte grundlegende Konfliktlinie betrifft die Verteilungsfrage zwischen Arm und Reich, Jung und Alt sowie zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Auf der einen Seite stehen SPD, Grüne, Linke und BSW, die einen starken Sozialstaat als Grundlage des Gesellschaftsvertrags und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sehen. Auf der anderen Sei-

te stehen Parteien, die massive Kürzungen der Sozialausgaben und eine Reduzierung des Sozialstaats fordern, um finanzielle Einsparungen für den Staat zu erzielen. Dieser Verteilungskonflikt wird unweigerlich größer werden. Allerdings sind sich alle demokratischen Parteien in einer Verteilungsfrage einig: der Umverteilung von Jung zu Alt – vor allem, da Menschen im mittleren und höheren Alter die Mehrheit der Wähler von CDU, CSU und SPD ausmachen.

Die vierte Konfliktlinie betrifft Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt. Europa ist für fast alle politischen Parteien und Gruppierungen zum Sündenbock geworden – vor allem für eigene Fehler. Auch die Ampel-Regierung verfolgte zunehmend nationale Alleingänge, anstatt Europa zu stärken und damit auch die eigenen Interessen gegenüber zunehmend nationalistischen Ländern wie den USA und China zu schützen. Diese grundlegenden, wenn auch nicht neuen Konflikte verschärfen sich in einer Welt, in der fast alle Parteien von einem Nullsummend Denken dominiert werden: Der Gewinn des einen bedeutet zwangsläufig den Verlust des anderen, da der „Kuchen“ nur einmal verteilt und nicht größer wird. Dies rechtfertigt und verstärkt die Annahme eines zunehmenden Verteilungskonflikts.

Die Lösung für diese vier Grundsatzkonflikte liegt darin, dieses Nullsummend Denken zu durchbrechen. Fakt ist, dass wir die großen Krisen und Transformationen unserer Zeit nur gemeinschaftlich und durch mehr Kooperation innerhalb und zwischen Gesellschaften lösen können. Die größte Herausforderung der neuen Bundesregierung wird darin bestehen, den Gesellschaftsvertrag neu zu verhandeln und diese vier Konfliktlinien anzugehen. Andernfalls droht der neuen Regierung dasselbe Schicksal wie der Ampel-Regierung: fortwährende, unüberbrückbare Konflikte, politische und gesellschaftliche Lähmung sowie der Verlust von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit.

Der Beitrag ist in einer längeren Fassung am 22. November 2024 bei Zeit online erschienen.